Die Zuckersteuervorlage.

Der dem Bundesrathe zugegangene Gesetzentwurf betreffend die Besteuerung des Zuckers entspricht in der Hauptsache den Angaben, welche wir aufgrund eines uns zugegangenen Privat-telegramms bereits in voriger Nummer zu machen in der Lage waren. Dies wird bestätigt durch die Mittheilungen, welche nunmehr auch die „B. P. N.", das intime Organ des preußischen Finanzministers, über den Inhalt der Zuckersteuer-vorlage verbreiten. Wir lassen diese Mittheilungen nachstehend folgen:

Vom 1. August 1888 ab soll der Eingangszoll von 100 kg Syrup und Melasse 15 M., für anderen Zucker aller Art und Beschaffenheit 30 M. betragen. Melasse zur Branntweinbereitung ist unter Kontrolle der Verwendung zollfrei. Wenn ausländischer Zucker zur weiteren Verarbeitung in eine inländische Fabrik geht, deren Erzeugnisse der Verbrauchsabgabe unterliegen, so kann nach näherer Bestimmung des Bundesraths entweder der Eingangszoll nach den um den Betrag der Verbrauchsabgabe ermäßigten Sätzen — bei Syrup und Melasse 5 M., jeden anderen Zucker 20 M. — erhoben, oder das unter Verwendung ausländischen Zuckers hergestellte Fabrikat von der Verbrauchsabgabe freigelassen werden.

Der inländische Zucker unterliegt der Zuckersteuer, welche erhoben wird als Materialsteuer von dem Gewicht der zur Zuckerbeitung bestimmten Rüben und als Verbrauchsabgabe von dem in den inländischen Konsum gelangenden Zucker. Als inländischer Rübenzucker gilt Zucker, welcher in solchen inländischen Fabriken hergestellt wird, welche Zucker aus Rüben oder Rückständen der Zuckerfabrikation (Syrup, Melasse) gewinnen oder so gewonnenen Zucker raffiniren, ohne Rücksicht auf die etwa stattgehabte Verwendung auch anderer Zuckerstoffe.

Die Materialsteuer soll vom 1. Aug. 1888 mit 1 M. von je 100 kg Rüben erhoben werden, die Verbrauchsabgabe soll vom gedachten Zeitpunkte ab mit 10 M. für je 100 kg inländischen Rübenzuckers jeder Art erhoben werden, worunter insbesondere auch der durch Bearbeitung von Syrup und Melasse hergestellte Zucker aller Art verstanden ist. Syrup und Melasse als solche unterliegen der Verbrauchsabgabe nicht. Die Materialsteuer ist vom Fabrikinhaber zu entrichten, die Verbrauchsabgabe, sobald der Zucker aus der Steuerkontrolle, welcher er während und nach der Herstellung und Raffination unterliegt, in den freien Verkehr tritt. Zur Entrichtung ist derjenige verpflichtet, welcher den Zucker zur freien Verfügung erhält. Die Materialsteuer, sowie die Verbrauchsabgabe können gestundet werden. Die Materialsteuer wird für Zucker, welcher über die Zollgrenze ausgeführt wird, vergütet, auch kann der Zucker mit dem Anspruch auf Vergütung der Materialsteuer in den öffentlichen Niederlagen oder Privatniederlagen unter amtlichem Mitverschluß niedergelegt werden.

Die Vergütung beträgt für je 100 kg a) Rohzucker von mindestens 90 Proz. Polarisation und für raffinirte Zucker von 98 Proz. aber mindestens 90 Proz. Polarisation vom 1. Aug. 1888 ab 10 M., b) für Kandis und für Zucker in weißen vollen harten Broden, Blöcken, Platten, Stangen oder Würfeln, oder in Gegenwart der Steuerbehörde zerkleinert, ferner für andere vom Bundesrath zu bezeichnende Zucker von mindestens 99½ Proz. Polarisation vom 1. bis 31. Aug. 1888 21,50 M., vom 1. Sept. 1888 ab 12,50 M. Für alle übrigen harten Zucker, sowie für alle weißen trocknen Zucker in Krystall, Krümel- und Mehlform von mindestens 98 Proz. Polarisation, soweit auf dieselben nicht der vorstehende Vergütungssatz anwendbar ist, vom 1. bis 31. Aug. 1888 20,15 M., vom 1. Sept. 1888 ab 11,70 M.

Für Zucker der Klasse a kann bis 1. Okt. 1888 die Vergütung von 17,25 M. und für Zucker der Klassen b und c bis 1. Nov. 1888 die Vergütung von 21,50 M. bezw. 20,15 M. gewährt werden, wenn der Zucker der Klasse a vor dem 1. Aug. 1888 und der Zucker der beiden anderen Klassen vor dem 1. Sept. 1888 der Steuerbehörde vorgeführt und die Identität bis zur Ausfuhr oder Niederlegung amtlich festgehalten wird.

Bei der Ausfuhr von Fabrikaten, einschließlich der Auflösungen von Zucker, zu deren Herstellung Zucker verwendet worden ist, oder bei der Niederlegung solcher Fabrikate in öffentlichen oder unter amtlichem Mitverschluß stehenden Privatniederlagen kann die Materialsteuer und die entrichtete Verbrauchsabgabe für die in den Fabrikaten enthaltene Zuckermenge vergütet werden. Unter Anordnung sicherender Kontrolle kann der Bundesrath bestimmen, daß von Zucker, welcher zur Viehfütterung oder zu anderen Fabrikaten als Verzehrungsgegenständen verwendet wird, die Materialsteuer und die entrichtete Verbrauchsabgabe vergütet oder die letztere nicht erhoben werde.

Zuckerfabriken im Sinne des Gesetzes sind alle Anstalten, in welchen inländischer Rübenzucker hergestellt oder raffinirt wird, insbesondere auch solche, in welchen ohne Rübenverarbeitung Zucker aus Rübensäften, Syrup oder Melasse bereitet wird; diese Fabriken unterliegen der Steuerkontrolle. Die Zuckerfabriken müssen so eingerichtet sein, daß die Steuerbehörde den Gang der Fabrikation und den Verbleib der Fabrikate bis zum Verlassen der Fabrik verfolgen kann; auf Erfordern der Steuerbehörde ist die Fabrik mit einer Umfriedung zu umgeben, wobei die Zahl der Eingänge nicht über das geschäftliche Bedürfniß hinausgehen darf. Die erstmaligen Kosten der sichernden Umfriedung werden für die bereits bestehenden Fabriken von der Reichskasse bestritten. Weitere Bestimmungen betreffen die Wohnungen und Bureauräume für Steuerbeamte, den Lagerraum für Zucker, die Waageeinrichtungen 2c.

In Bezug auf die Steuerkontrolle wird bestimmt, daß der in der Fabrik hergestellte Zucker in das unter amtlichen Mitverschluß stehende Fabriklager aufzunehmen ist, ebenso der anderswoher bezogene Zucker. Zur Trocknung, Zerkleinerung und sonstigen Behandlung des Zuckers bis zur Verbringung desselben in das Lager oder nach außen dürfen nur die der Steuerbehörde vorher bezeichneten Räume benutzt werden. Syrup und Melasse sollen beim Ausgang aus der Fabrik in den freien Verkehr bei der Steuerbehörde abgemeldet und dabei die Menge und der Empfänger bezeichnet werden.

Wird anderer Zucker in den freien Verkehr entnommen, so ist die Verbrauchsabgabe zu erheben oder zu kreditiren, sofern es sich nicht um die oben bezeichneten Kategorien steuerfreien Zuckers handelt. Soll er nicht in den freien Verkehr beim Verlassen der Fabrik treten, so verbleibt er unter Steuerkontrolle; als steuerfreie Niederlage kann auch das Fabriklager benutzt werden. Der Bundesrath kann erleichternde Bestimmungen treffen, daß Zucker gegen Entrichtung der Verbrauchsabgabe an Personen, welche im Bereich der Zuckerfabrik wohnen, verabfolgt werden kann. Die Fabrikinhaber sind verpflichtet, über ihren gesammten Fabrikationsbetrieb nach den von der Steuerbehörde vorzuschreibenden Mustern Anschreibungen zu machen, dieselben zur Einsicht für die Steuerbeamten bereit zu halten und Auszüge daraus in bestimmten Zeitabschnitten der Steuerbehörde einzureichen. Die Inhaber von Stärkezucker- und Stärkesyrupfabriken, von Maltose- und Maltosesyrupfabriken, sowie von gewerblichen Betrieben, in denen steuerfrei aus Rüben Säfte oder zuckerhaltige Produkte gewonnen werden, müssen der Steuerbehörde von ihrem Betriebe Anzeige machen und unterliegen den vorher hier bezeichneten Vorschriften. Eine weitere Reihe von Bestimmungen behandelt die Strafen. Als Zeitpunkt, zu welchem das Gesetz in Kraft tritt, wird der 1. Aug. 1888 bestimmt. Für die Gebietstheile, welche am 1. Aug. 1888 außerhalb der Zollgrenze liegen, tritt das neue Gesetz mit dem Tage in Kraft, an welchem dieselben in diese Grenze eingeschlossen werden.

In der Begründung wird bemerkt, das Gesetz, die Besteuerung des Zuckers betreffend, vom 1. Juni 1886, habe die Absicht verfolgt, die zur Wiedererlangung befriedigender Steuererträge dem Zucker gebotene Reform ausschließlich auf dem Boden der Materialsteuer zu vollziehen. Die Erreichung des angestrebten finanziellen Erfolges wäre dadurch bedingt gewesen, daß die wirkliche durchschnittliche Ausbeute an Zucker aus den Rüben nicht erheblich über das bei der Neuregelung der Steuer und Steuervergütung zugrunde gelegte Verhältniß hinausgehe. Das letztere entspreche bei einer Steuer von 1,70 M. für 100 kg rohe Rüben und einer Steuervergütung von 17,25 M. für 100 kg Rohzucker der Annahme, daß zur Herstellung von 100 kg Rohzucker im Durchschnitt 10,15 Doppelzentner Rüben erforderlich seien. Eine höhere Durchschnittsausbeute wäre bis dahin nur in den Betriebsjahren 1883/84 und 1884/85 erzielt worden. Inzwischen seien die Ergebnisse dieser beiden Jahre durch die durchschnittliche Zuckerausbeute im Jahre 1885/86 erheblich übertroffen worden, und die laufende Campagne 1886/87 werde voraussichtlich abermals ein höheres Ausbringen an Zucker aufweisen. Unter diesen Umständen habe die Aussicht auf einigermaßen sichere und angemessen hohe Steuererträge aus dem vorjährigen Gesetz sich so verringert, daß eine alsbaldige weitere Abänderung unserer Zuckergesetzgebung im Interesse der Reichsfinanzen unvermeidlich erscheine.

Dem bisherigen Entwickelungsgange würde es entsprechen, wiederum eine Erhöhung des Steuersatzes der Rüben in Verbindung mit einer Korrektur der Vergütungssätze herbeizuführen. Um auf diesem Wege einen dauernden jährlichen Reinertrag von annähernd 50 Millionen Mark mit Sicherheit zu erzielen, müßte die Steuer für 100 kg Rüben auf etwa 2 M. erhöht und die Steuervergütung für 100 kg Rohzucker bis auf den, dem vorjährigen Ausbeuteverhältniß von ungefähr 8,50 : 1 entsprechenden Betrag von 17 M. herabgesetzt werden. Bei einer derartigen Einrichtung würde die Steuervergütung selbst in Jahren günstiger Rübenernten vielen Zuckerfabriken nicht den vollen Ersatz der erlegten hohen Steuer gewähren, in Jahren mit schlechteren Rübenernten aber würde die Mehrzahl der Fabriken namhafte Beträge an der Steuer zusetzen. Dies würde zu der Betriebseinstellung einer großen Anzahl von Zuckerfabriken und einem erheblichen Rückgang unserer Zuckerproduktion, damit aber auch zu einer weitgreifenden Schädigung wichtiger wirthschaftlicher Interessen führen.

Könne hiernach in einer Umgestaltung der Materialsteuer allein die geeignete Art der Reform nicht erblickt werden, so erscheine es andererseits auch nicht rathsam, die Materialsteuer gänzlich zu beseitigen und hinfort den Zucker etwa ausschließlich mittelst einer Verbrauchsabgabe vom fertigen Fabrikat zu besteuern. Die Materialsteuer bilde seit langen Jahren die Grundlage unserer Zuckerbesteuerung; unter der Herrschaft dieser Steuerform habe sich unsere Rückenzuckerproduktion aus kleinen Anfängen allmälig zu einer der bedeutendsten nationalen Industrien entwickelt. Diese Steuerform habe auf die Gestaltung des Rübenbaues und der Zuckerfabrikation, sowie aller damit in Verbindung stehenden Verhältnisse einen entscheidenden Einfluß ausgeübt und könne durch eine andere Steuerform nicht ersetzt werden, ohne daß die bezeichneten weitverzweigten Verhältnisse, in welchen das wirthschaftliche Gedeihen großer Gebietstheile Deutschlands eng zusammenhängt, davon in tiefgreifender und schädigender Weise berührt werden. Die hiernach gegen einen vollständigen Wechsel des Steuersystems sich ergebenden Bedenken wiegen besonders schwer in der gegenwärtigen Zeit, in welcher unsere Zuckerindustrie sich ohnehin durch den andauernd niedrigen Stand der Zuckerpreise und die scharfe Konkurrenz der Zuckerproduktion anderer Länder in nicht günstiger Lage befinde. Es werde daher von einem solchen Systemwechsel um so mehr Abstand zu nehmen sein, als sich ein anderer Weg biete, welcher unter größerer Schonung der Interessen unserer Rübenzuckerindustrie und der betheiligten Landwirthschaft einen ausreichenden finanziellen Erfolg in Aussicht stellt. Es sei dies die Verbindung einer Verbrauchsabgabe mit der angemessen abzuändernden Materialsteuer.

Für die Ausgestaltung einer derartigen Zuckersteuer werde davon auszugehen sein, daß der beabsichtigte Mehrertrag zu wesentlichem Theile durch Beseitigung der bisher von der Rübenzuckerindustrie genossenen Steuervortheile und thunlichst ohne Mehrbelastung des inländischen Zuckerverbrauchs erfolgen soll. Diesem Gesichtspunkte entspreche es, wenn die Materialsteuer für 1 Doppelcentner Rüben von 1,70 M. auf 1 M., die Steuervergütung für einen Doppelcentner Rohzucker von 17,25 M. auf 10 M. herabgesetzt und die Verbrauchsabgabe für 1 Doppelcentner Rübenzucker jeder Art, ausgenommen Syrup und Melasse, welche als solche zum Verbrauch gelangen, auf 10 M. bestimmt werde. Die bezeichnete Herabsetzung der Materialsteuer betrage 41 Proz.; in demselben Maße verringern sich die zufolge dieser Steuerreform zwischen den einzelnen Zuckerfabriken bestehenden Ungleichheiten der Steuerbelastung des Fabrikats und die von den Fabrikinhabern zu erlegenden Steuersummen. Die Steuervergütung für Rohzucker würde um 42 Proz. herabgesetzt werden und in ihrem künftigen Satze von 10 M. der Annahme entsprechen, daß im Durchschnitt aus 10 Doppelcentnern Rüben 1 Doppelcenter Rohzucker gewonnen werde.

Nach amtlicher Feststellung hat das Erforderniß an Rüben zur Herstellung von 1 Doppelcentner Rohzucker, die Produktion der selbständigen Melasse-Entzuckerungsanstalten eingerechnet, im Durchschnitt der 10 Jahre 1876/77 bis 1885/86 10,000 Doppelcentner, im Durchschnitt der 5 Jahre 1881/82 bis 1885/86 9,42 Doppelcentner betragen. Wird auch die laufende Campane 1886/87 in Betracht gezogen und dabei übereinstimmend mit Schätzungen aus sachverständigen Kreisen angenommen, daß diesmal im Durchschnitt 8,20 Doppelcentner Rüben zur Gewinnung von 1 Doppelcenter Rohzucker genügen, mithin aus den verarbeiteten 83,066,518 Doppelcentner Rüben 10,130,000 Doppelcenter Rohzucker werden erzeugt werden, so ergiebt eine vorläufige Berechnung für die Periode 1877/78 bis 1886/87, daß sich die durchschnittliche Zuckerausbeute aus den Rüben während der bezeichneten 10 Jahre auf 9,66 : 1 und während der letzten 5 Jahre 1882/83 bis 1886/87 auf 9,00 : 1 gestellt hat. Gegenüber diesen Ergebnissen sei das Ausbeuteverhältniß von 10 : 1 als Grundlage für die künftige Bemessung der Steuervergütung rechnungsmäßig zu niedrig gegriffen. Es komme jedoch in Betracht, daß zu den sehr hohen Zuckerausbeuten aus den Rüben in den Jahren 1885/86 und 1886/87 außerordentlich günstige Witterungsverhältnisse nicht unerheblich mitgewirkt zu haben scheinen, und daß die große Vorsicht, deren es überhaupt bei dem Ausmaß der Steuervergütung bedarf, damit nicht die Zuckerfabriken mit schlechterem Rübenboden in der Regel, die übrigen Fabriken aber wenigstens in unbefriedigenden Erntejahren empfindliche Einbußen an der Steuer erleiden, gerade jetzt in besonderem Maße geboten sei. Denn der niedrige Preisstand des Zuckers und die verschärfte, zum Theil durch sehr hohe Prämien begünstigte Konkurrenz der Zuckerproduktion anderer Länder, namentlich Frankreichs, bedinge bei der Neugestaltung der Zuckersteuer die Rücksichtnahme, daß unsere Zuckerindustrie auch ferner in einen erfolgreichen Wettbewerb mit dem Auslande treten kann. Aus diesen Gründen erscheine es zur Zeit bedenklich, die Steuervergütung für Rohzucker nach einem höherem Rendement zwischen Rübe und Zucker als 10 : 1 zu bestimmen. Sollte diese Bemessung der Vergütung in Jahren guter Rübenernte zur Gewährung einer durchschnittlichen Prämie für die Zuckerproduktion führen, so sei dies eine erwünschte, aber auch unvermeidliche Folge der erwähnten Verhältnisse. Jedenfalls werde durch die Herabsetzung der Materialsteuer und der Vergütung auf bezw. 1 M. und 10 M. die Höhe der etwaigen Prämien wesentlich abgemindert. Der Vortheil welcher für die Reichskasse und die Zuckerkonsumenten von einer weiteren Herabsetzung der Vergütung, welche sich jedenfalls in mäßigen Grenzen halten müßte, zu erwarten wäre, stehe außer Verhältniß zu der Größe des Schadens, welcher aus einer zu knappen Bemessung der Vergütung für die Zuckerindustrie, die Landwirthschaft und die Wohlfahrt weiter Landstriche und Bevölkerungskreise hervorgehen könnte.

Die für raffinirte Zucker in Aussicht genommenen Vergütungssätze von 12,50 M. und 11,70 M. seien aufgrund des Vergütungssatzes für Rohzucker nach den Verhältnißzahlen berechnet, welche sich aus den bezüglichen definitiven Sätzen des Gesetzes vom 1. Juni v. J. (17,25 M., 21,50 M., 20,15 M.) ergeben. Durch die damalige Regelung wurden die raffinirten Zucker gegenüber dem Rohzucker ein wenig besser gestellt als nach den Gesetzen vom 26. Juni 1869 und 7. Juli 1883, um damit auf die Förderung der in der Entwickelung zurückgebliebenen Produktion und Ausfuhr von Raffinaden hinzuwirken. Im Betriebsjahre 1885/86 seien an Zucker gegen Steuervergütung insgesammt 4,906,600 Doppelcentner ausgeführt, darunter Raffinaden erster Klasse 660,196 Doppel-Centner oder 13,46 Proz., an Raffinaden zweiter Klasse 205,689 Doppel-Centner oder 4,10 Prozent In den ersten 8 Monaten der Kampagne 1886/87, bis Ende März 1887, betrug die Zuckerausfuhr gegen Steuervergütung im ganzen 4,436,276 Doppelcentner, 842,255 Doppelcentner oder 18,99 Proz Raffinaden 1. Kl. und 149,836 Doppelcentner oder 3,38 Proz. Raffinaden 2. Kl. Dieses Anwachsen der Raffinadenausfuhr werde allerdings nicht bloß auf die Verbesserung im Ausmaß der Vergütungssätze, sondern auch darauf zurückzuführen sein, daß durch das vorjährige Gesetz die Würfelzucker allgemein und demnächst durch Beschluß des Bundesraths auch die sog. Krystalls und die granulirten Zucker in die höchste Vergütungsklasse versetzt worden sind.

Die Steuerbelastung des inländischen Zuckerkonsums durch die Verbrauchsabgabe von 10 M. und die umgestaltete Materialsteuer zusammen werden ungefähr die gleiche sein, wie bisher durch die Materialsteuer allein. Zum inländischen Gebrauch gelangen fast ausschließlich raffinirte Zucker. Dieselben würden künftig im Inlandspreise durch den Betrag der Vergütungssätze der Materialsteuer von 12.50 M. bezw. 11.70 M. für 1 Doppelcentner, unter Hinzurechnung der Verbrauchsabgabe mit 22.50 M., bezw. 21.70 M. belastet werden. Gegenwärtig betrage die Steuerbelastung durch die Vergütungssätze 22.20 M., bezw. 20.80 M., vom 1. Nov. d. J. ab 21.50 M. bezw. 20.15 M.

Die Einführung eines einheitlichen Satzes der Verbrauchsabgabe sei im Hinblick auf die geringen Preisunterschiede der einzelnen in Betracht kommenden Zuckerarten sachlich gerechtfertigt und gestatte, die Kontrollen einfacher zu gestalten, als es im Falle der Erhebung der Abgabe nach verschiedenen Sätzen möglich wäre. Für die Freilassung des Syrups und der Melasse von der Verbrauchsabgabe spreche der Umstand, daß diese Stoffe, soweit sie als Genußmittel dienen, vorzugsweise von den ärmeren Klassen der Bevölkerung verwendet werden.

Der jährliche Reinertrag der Steuer ist auf 46 bis 52 Millionen Mark geschätzt.

Im finanziellen Interesse würde es erwünscht gewesen sein, die neue Steuer schon von der nächsten mit dem 1. Aug. d. J. beginnenden Betriebsperiode der Rübenzuckerfabriken ab erheben zu lassen. Es sei jedoch nicht möglich, bis dahin alle zur Kontrolle und Erhebung der Verbrauchsabgabe nöthigen Einrichtungen zu treffen. Auch haben die Fabrikanten ihre Dispositionen für das bevorstehende Betriebsjahr bereits abgeschlossen, während sie dabei die noch unbekannte Aenderung der Steuerverhältnisse zu berücksichtigen um so weniger imstande waren, als erstmals in der Reichstagssitzung vom 23. März d. J. amtlich die Absicht öffentlich kundgegeben worden sei, das Zuckersteuergesetz vom 1. Juni 1886 alsbald wieder einer Revision zu unterziehen. Es sei deshalb in Aussicht genommen, das neue Gesetz erst mit dem 1. Aug. 1888 in Wirksamkeit zu setzen.

Bisher gelten in betreff der Zuckerbesteuerung eine Anzahl älterer nicht durchweg in allen Einzelheiten übereinstimmender Landesgesetze, in Verbindung mit späteren abändernden und ergänzenden Bundes- und Reichsgesetzen. Der Hinzutritt der Verbrauchsabgabe lasse es als nothwendig erscheinen, alle bezüglichen Bestimmungen in ein einheitliches Gesetz zusammenzufassen und damit zugleich die jetzt fehlende Uebersichtlichkeit herbeizuführen.

Preußischer Landtag.

Herrenhaus.

17. Sitzung vom 14. Mai, 11 Uhr.

Der Entwurf einer Landgüterordnung für den Regierungsbezirk Kassel, mit Ausnahme des Kreises Rinteln, wird unverändert in der Fassung des Abgeordnetenhauses angenommen.

Auch den Gesetzentwurf betr. die Teilung von Kreisen in den Provinzen Posen und Westpreußen empfiehlt die Kommission (Berichterstatter Müller-Posen) in der von Abgeordnetenhause beschlossenen Fassung anzunehmen.

In der Generaldiskussion hebt Herr v. Zoltowski hervor, daß es sich hier um ein Kampfgesetz handle, das nur dazu beitrage, den Haß der Majorität der Bevölkerung in den östlichen Provinzen gegen die Minorität zu schüren. Die Regierung befinde sich mit ihrer feindseligen Haltung gegen die polnische Bevölkerung auf falschem Wege und lasse ganz außer Acht, daß sie für das Wohl aller Einwohner jener Provinzen Sorge zu tragen habe. Wie solle man es verstehen, daß der Landschaftsdirektor in Posen, der doch für das materielle Gedeihen aller Mitglieder der Landschaft zu sorgen habe, die ungünstigen Verhältnisse der polnischen Besitzer ausnutze, um sie aus ihrem Besitz zu drängen. Es sei eine durchaus irrige Annahme, daß die Polen einen Krieg zwischen Deutschland und Rußland wünschten. Die Polen wüßten sehr wohl, daß ein solcher Kampf an der Weichsel zum Ausbruch kommen müsse, und daß sie also zunächst darunter zu leiden haben würden. Auch in den Jahren 1830 und 1863, auf welche seitens der Regierung hingewiesen werde, sei von den Polen nichts gegen Preußen unternommen worden, und wenn damals viele polnische Jünglinge Preußen verlassen hatten, um jenseits der Grenze zu kämpfen, so sei das doch die beste Bürgschaft für die Aufrechterhaltung der Ruhe in den zu Preußen gehörenden polnischen Landestheilen gewesen. Man könne doch unmöglich den Polen das als Verbrechen anrechnen, was im Jahre 1848 den Deutschen in Bezug auf Schleswig-Holstein zum Ruhm angerechnet worden sei. Im Jahre 1848, dem Jahre der konstitutionellen Bewegung, hätten die Polen ebenfalls nur dasselbe gethan, was den Deutschen heute niemand mehr vorwerfe. — Man könne nicht erwarten, daß die polnische Bevölkerung Sympathien für die Regierung habe, solange letztere nicht Gerechtigkeit ihe gegen die nach Millionen zählende polnische Bevölkerung des preußischen Staats.

Damit schließt die Generaldiskussion.

In der Spezial-Diskussion bemängelt bei der Position „Adelnau"

Fürst Radziwill, daß die Regierung die kompetenten Organe, die Kreistage, nicht gehört habe.

Minister des Innern v. Puttkamer erwidert, daß es sich nicht um administrative, sondern um nationalpolitische Maßregeln handle. Er enthalte sich, ebenso wie er es bei der Generaldiskussion gethan habe, einer weiteren Berührung der politischen und prinzipiellen Seite der Vorlage, da die Einstimmigkeit der Kommission — natürlich mit Ausnahme derjenigen beiden Mitglieder der Kommission, welche prinzipiell jeder auf die Stärkung des preußischen Staats berechneten Vorlage widerstrebten — genügende Bürgschaft dafür gebe, daß das Haus sich dem Kommissionsantrage anschließen wirde.

Herr v. Koscielski bestreitet, daß die polnischen Mitglieder gegen alle Maßregeln seien, welche im Interesse Preußens lägen; für die Theilung gewisser Kreise habe ja auch er administrative Gründe anerkannt.

Die Theilung wird genehmigt.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-18870517022/fragment/page=0001

Bei der Berathung über die Neubildung des Kreises Jarotschin behauptet

Herr v. Koscielski, daß der heutige Beschluß des Abgeordnetenhauses durch äußere Gewalt zustande gekommen sei und daß die Regierung hierbei nicht die Gesammtinteressen der Provinz, sondern die Interessen eines Einzelnen berücksichtigt habe. Zum Beweise der ersteren Behauptung erklärt Redner, daß er selbst gesehen habe, wie mehrere Abgeordnete und auch der Regierungskommissar v. Bitter, Abgeordnete, welche gegen die vorgeschlagene Theilung stimmen wollten, beim Arme gefaßt und auf die andere Seite gezogen hätten. Es sei ja möglich, daß das aus Scherz geschehen sei; aber auch dann werde das Zustandekommen des Gesetzes genügend charakterisirt.

Präsident Herzog v. Ratibor bezeichnet eine derartige Kritik der Beschlüsse des anderen Hauses, wie sie eben geübt sei, für unparlamentarisch.

Minister des Innern v. Puttkamer: Ein solcher parlamentarischer Vorgang, wie wir ihn erlebt haben, daß ein Herr in dieser Weise auf die Beschlüsse des anderen Hauses eingeht, ist einzig und unerhört (Sehr wahr!) Wenn jemand hier behauptet, der Beschluß im anderen Hause sei durch äußere Gewalt zustande gekommen, so verlästert er damit den Boden, von dem aus das Verhältniß der beiden Häuser zur Gesetzgebung betrachtet und festgehalten werden muß. Ich weiß nicht, auf welche Vorgänge der Herr sich bezieht; ich meine aber, diejenigen Mitglieder des anderen Hauses, welche er unter die Nichtschuldigen seiner Kritik genommen hat, werden ihm die Antwort nicht schuldig bleiben und ihn dafür zur Verantwortung ziehen. Einem Abgeordneten vorzuwerfen, daß er durch äußere Gewalt wider besseres Wissen zur Abstimmung gezwungen worden sei, das ist eine Art der Behandlung, für die mir jeder zulässige Ausdruck fehlt, und welche meines Erachtens kein Gentleman sich gefallen lassen wird, und ich bin sehr begierig, ob und wie Herr v. Koscielski sich den Herren des anderen Hauses gegenüber sachlich verantworten wird. Ich hoffe, dieser Vorgang wird einzig in seiner Art bleiben. Ich sehe mich auch genöthigt, gegen die Behauptung Verwahrung einzulegen, daß die Regierung bei der Theilung den Einzelinteressen gegenüber den Interessen der Gesammtheit den Vorzug gegeben habe; die Regierung hat sich nur von rein sachlichen Erwägungen leiten lassen.

Die Debatte wird hierauf auf den Antrag des Herrn v. Mellenthin geschlossen.

Zur thatsächlichen Berichtigung bemerkt

Herr v. Koscielski: Ich bezweifle nicht, daß mein Vorgehen einzig in seiner Art ist; es ist aber bedingt worden durch die Vorgänge im anderen Hause, auf die es meine Pflicht war, hier hinzuweisen.

Geh. Rath Dr v. Bitter: Auf die Ausführungen des Herrn v. Koscielski erwidere ich zunächst, daß ich bisher nicht die Ehre gehabt habe, den Herrn zu kennen, und daß ich auch nicht weiß, von welchem Standpunkte aus er die Vorgänge im Abgeordnetenhause beobachtet haben kann. Ich habe die Ehre, nicht blos Regierungskommissar, sondern zugleich auch Abgeordneter zu sein, und kann nach meiner Kenntniß der Dinge nur sagen, der ganze Vorgang reduzirt sich darauf, daß in scherzhafter Weise der eine oder der andere Abgeordnete aufgefordert worden sein kann, auf die andere Seite hinüber zu kommen, vielleicht wurde auch der eine oder andere scherzhaft beim Arme gefaßt. Ob ich persönlich etwas ähnliches gethan habe, weiß ich nicht; selbst wenn das aber der Fall wäre, so würde ich mir daraus keinen Vorwurf machen, denn ich meine, daß jeder Abgeordnete genau weiß, wie er zu stimmen hat.

Durch das Eingreifen des Regierungsvertreters ist die Debatte wieder eröffnet.

Ein neuer Antrag auf Schluß der Debatte wird abgelehnt.

Herr v. Koscielski: Ich bestreite nicht, daß das Vorgehen des Herrn Regierungskommissars scherzhaft gemeint war; aber ich sehe auch einen solchen Scherz als unberechtigt an, und habe meiner Empörung Ausdruck geben müssen. Ich berufe mich auf das Zeugniß vieler Abgeordneter, deren Namen ich hier natürlich nicht nennen kann. Ich bin jedoch bereit, wenn der Herr Minister es verlangt, die Namen derjenigen Abgeordneten zu nennen, welche sich das von mir gerügte Verfahren haben zuschulden kommen lassen, und ich zweifle auch keinen Augenblick, daß mein Gewährsmann, welcher seiner Empörung einen wenig schmeichelhaften Ausdruck gegeben hat, ein mir persönlich sehr wohlwollender Herr, mir die Erlaubniß geben wird, mich nöthigenfalls auf sein Zeugniß zu berufen. Ich persönlich sehe einer Auseinandersetzung mit dem andern Hause mit Freuden entgegen. Ich kenn die Herren ja nicht persönlich — solche Herren können ja natürlich auch nicht zu meinen Bekannten gehören; — wenn aber jemand aus dem andern Hause mir wegen meiner Aeußerungen einen Vorwurf macht oder mich deshalb auf irgend welche Weise belangen will, so stehe ich immerhin jedem zu Diensten.

Hierauf wird die vorgeschlagene Theilung angenommen, ebenso en bloc der Rest des Gesetzes.

In einmaliger Schlußberathung genehmigt das Haus die Gesetzentwürfe betr. den Verkehr auf den Kunststraßen und betr. die Fürsorge für Beamte infolge von Betriebsunfällen.

Es folgt die Berathung über eine Petition wegen Beseitigung der Ausdehnung der Schulpflicht für die Kinder der ländlichen Bevölkerung der Rheinprovinz bis zum vollendeten 14. Lebensjahre.

Die Kommission (Berichterstatter v. Wendt) empfiehlt, die Petition der Regierung zur Erwägung zu überweisen.

Herr v. Schöning beantragt: in Erwägung, daß eine generelle Regelung der Verhältnisse für die Rheinprovinz seitens der Staatsregierung zu erwarten ist und eine milde Praxis bereits stattfindet, über die Petition zur Tagesordnung überzugehen.

Frhr. v. Mirbach giebt der Regierung zu erwägen, ob es sich nicht zur Erzielung besserer Unterrichtsresultate, im Interesse der Entlastung der Gemeinden und mit Rücksicht auf die Gesundheit der schulpflichtigen Kinder empfehle, in den nördlichen und östlichen Provinzen die Schulpflicht erst mit dem vollendeten sechsten Lebensjahre eintreten zu lassen.

Geh. Rath Schneider räth zur Annahme des Antrages Schöning, der bereits die einzelnen Verhältnisse hinreichend berücksichtige. Eine generelle Beschränkung der Schulpflicht widerspreche nicht nur dem Landrecht, sondern sei auch mit Rücksicht auf die mit Abschluß des 14. Lebensjahres stattfindende Konfirmation und mit Rücksicht auf die Bestimmungen der Reichsgesetzgebung, speziell der Gewerbeordnung bedenklich.

Das Haus schließt sich dem Antrage auf motivirte Tagesordnung an.

Damit ist die Tagesordnung erschöpft.

Der Präsident giebt hierauf dem Hause die übliche Uebersicht über die im Laufe der Session erledigten Geschäfte.

Professor Dr Baumstark (zur Geschäftsordnung): M. H.! Ich betrachte es als einen Vorzug, der mir zur hohen Ehre und Freude gereicht, daß ich Sie daran erinnern darf, unserm hochverehrten Herrn Präsidenten Ihren Dank auszusprechen für die gerechte, energische, umsichtige und nach allen Seiten hin wohlwollende Leitung unserer Geschäfte. Ich bitte die Herren sich von Ihren Sitzen zu erheben zum Ausdruck des Anerkenntnisses meiner Worte. (Geschieht.)

Präsident Herzog v. Ratibor: Meine Herren! Ich sage dem Herrn Vorredner meinen aufrichtigsten Dank für die wohlwollende Anerkennung meiner Geschäftsführung. Ich habe es hauptsächlich Ihrer Nachsicht und Ihrem Wohlwollen zu verdanken, daß es mir gelungen ist, die Geschäfte in dieser Weise zu fördern, besonders habe ich zu danken meinen Kollegen im Präsidium, den Herren Schriftführern und den Vorsitzenden der Abtheilungen und Kommissionen, welche meine Aufgaben durch freundliches Entgegenkommen wesentlich erleichtert haben. Und nun, meine Herren, lassen Sie uns nach alter Gewohnheit zum Ausdruck unserer Treue zu Sr. Majestät dem Kaiser und König ausrufen: Se. Majestät, unser Allergnädigster Kaiser und König lebe hoch!

Das Haus stimmte dreimal in den Ruf ein.

Schluß 3½ Uhr.

Abgeordnetenhaus.

55. Sitzung vom 14. Mai, 12 Uhr.

Das Haus ist sehr schwach besetzt.

Das Haus geht über Petitionen von Gerichtsschreiber-Civilanwärtern um Aufbesserung ihrer Anstellungsverhältnisse und über eine Petition der Stadtverordneten von Kirn um Errichtung eines Amtsgerichts zur Tagesordnung über.

Es folgt der Bericht über Petitionen von 14 Einwohnern der Stadt Posen um Zulassung ihrer Kinder zum polnischen Sprach- und Religionsunterricht.

Die Kommission beantragt, über einige Petitionen zur Tagesordnung überzugehen, eine der Regierung zur Berücksichtigung, die übrigen zur Erwägung zu überweisen.

Geh. Ober-Reg.-Rath Schneider theilt mit, daß die Petenten durchweg der deutschen Sprache mächtig seien, und daß er im Grunde sei, den deutschen Ursprung derselben nachzuweisen. Es würde sich also empfehlen, über die Petitionen zur Tagesordnung überzugehen.

Abg. v. Meyer-Arnswalde (kons.): Wenn Sie durchaus in Posen germanisiren wollen, so müssen Sie viel gewaltsamer vorgehen. Die Oberpräsidialverordnung vom Jahre 1873 hat gerade das Gegentheil erreicht von dem, was sie beabsichtigte. Die Leute sind viel erbitterter geworden. Den Eltern muß man das Recht einräumen, ihre Kinder dorthin zu schicken, wohin sie wollen. (Beifall bei den Polen.) Es ist vielfach gesagt worden, daß die Petenten deutschen Ursprungs seien und durch Eintritt in polnische Familienverhältnisse polonisirt seien. Das ist meiner Ansicht nach ein ganz natürlicher Vorgang. Ebenso ist es in allen anderen Ländern, wohin der Deutsche kommt. Ein Mann Namens Schuster bekommt in Frankreich sicher den Accent und heißt dann „Chuître". Ein gewisser Friedrich Wilhelm Schünke ging nach Brasilien und dort wurde er ganz schön „Federigo Guilelmo Schünko" genannt. (Heiterkeit.) Das ist in der ganzen Welt so, die einzige Nation, wo es anders zugeht, sind wir. Wir haben ja immer die Ausländer für vornehmere Leute gehalten, als wir selbst sind. Wir müssen diese Gewohnheit ablegen, dann werden wir mehr erreichen als durch derartige Maßnahmen. Wir haben ja auch unglaublich viele Polen unter uns, die germanisirt sind. Ich möchte Sie bitten, die Petitionen der Regierung zur Erwägung zu überweisen, der Referent wird auch hoffentlich damit einverstanden sein. (Beifall bei den Polen.)

Abg. Neubauer (Pole) plaidirt für Berücksichtigung der Petitionen unter Darlegung der Schwierigkeiten, den Religionsunterricht an polnische Kinder in deutscher Sprache zu ertheilen. Schon das Allg. Landrecht gebe den Eltern das Recht, für den Religionsunterricht der Kinder zu sorgen, und diese Bestimmungen seien noch immer in Geltung.

Geh. Rath Schneider bezeichnet es als Pflicht der Regierung, der polnischen Agitation dadurch den Boden zu entziehen, daß sie die Kinder zum deutschen Unterricht heranzieht.

Abg. Wessel (frk.) beantragt, über sämmtliche Petitionen zur Tagesordnung überzugehen.

Abg. Motty (Pole) bestreitet, daß es sich hier um eine Agitation handelt. Die Polen vertheidigen nichts anderes als ihr Recht.

Abg. Schreiner (kons.) behauptet, durch Annahme des Antrages des Herrn v. Meyer würde für die nächste Session ein wahrer Petitionssturm aus Posen heraufbeschworen werden, er bitte darum, den Antrag Meyer abzulehnen.

An der weiteren Debatte betheiligen sich, ohne neue Gesichtspunkte vorzubringen, die Abgg. v. Jarochowski, Wessel und Mosler.

Das Haus beschließt, über sämmtliche Petitionen zur Tagesordnung überzugehen.

Ueber eine Petition des Rheinischen Bauernvereins betreffend die Dauer der Schulpflicht in den ländlichen Bezirken beantragt die Kommission zur Tagesordnung überzugehen, da nach der Erklärung des Herrn Regierungskommissarius von dem Herrn Minister die generelle Regelung der Verhältnisse für die Rheinprovinz in Aussicht gestellt ist und eine milde Praxis in dieser Beziehung bereits geübt wird.

Abg. Seyffardt-Magdeburg (nat.-lib.): Ich bitte den Antrag der Kommission abzulehnen und über die vorliegende Petition zur einfachen Tagesordnung überzugehen. Die Petition trägt das Zeichen einer leichtsinnigen Agitation an der Stirn und verdient deshalb keine Berücksichtigung. (Beifall.) An dem bestehenden Verhältnisse darf nichts geändert werden. In anderen Provinzen soll die Entlassung aus der Schule vor dem 14. Lebensjahre nicht erfolgen, in den östlichen Provinzen sogar nicht vor dem 15. Soll der Rheinländer mit einem geringeren Maße von Schulbildung im Leben fortkommen? Wenn wir der Petition Rechnung tragen, so würden die Ziele des Volksschulunterrichts ganz bedeutend reduzirt werden müssen. In den Städten ist es notorisch, daß 3 bis 4 mal so viel Kinder das Ziel der Volksschule erreichen, als auf dem Lande, und durch das Eingehen auf die Wünsche der Petenten würde eine noch größere Reduktion der Vorbildung eintreten. Ich ersuche Sie deshalb, für die einfache Tagesordnung zu stimmen.

Abg. v. Schorlemer (Centrum) weist den Vorwurf, den der Abg. Seyffardt den Petenten gemacht, daß sie leichtsinnig agitirten, zurück. Die Kommission habe mit ihrem Antrage das richtige getroffen; er bitte darum, ihren Antrag anzunehmen.

Abg. Dr Langerhans (dfr.): Die Petenten wollen die Zeit des Zwangsunterrichts verringern. Dagegen muß ich mich entschieden wenden und werde für einfache Tagesordnung stimmen. Ich halte es für traurig, wenn man Schlag auf Schlag an der Entwickelung unserer Volksschulen rüttelt. Neulich haben wir erst den Beschluß gefaßt, daß die Kreis- und Bezirksausschüsse betreffs der Schulleistungen mitreden sollen. Jetzt fängt man an, die Schulzeit zu lang zu finden. Es ist den Kindern weit schädlicher, wenn sie in den Jahren der Entwickelung zu schweren Arbeiten angehalten werden.

Abg. v. Schenckendorff schließt sich den Ausführungen des Abg. Seyffardt an.

Abg. Dr Windthorst (Centrum): Es ist durchaus nicht die Absicht der Petenten, die Schulzeit verkürzen zu wollen. Die Petition kommt von einem Verein, der 25,000 Mitglieder zählt, und ich glaube, wenn sich diese 25,000 Grundbesitzer veranlaßt sehen, solche Petition einzubringen, so müssen sie erhebliche Gründe haben, denn als leichtfertig kann ich die Herren nicht bezeichnen. Bei der jetzigen Nothlage der Landwirthschaft muß man Arbeitskräfte so billig wie möglich zu schaffen suchen. Ich halte es für bedenklich, wenn wir solche von einem großen Theile der ländlichen Bevölkerung ausgesprochenen Wünsche ohne weiteres in so schroffer Weise zurückweisen, wie es die Herren Seyffardt und Schenckendorff wollen. Ich bitte Sie dringend, das Minimum, welches beantragt ist, nämlich die motivirte Tagesordnung anzunehmen.

Die Diskussion wird hierauf geschlossen und der Antrag der Kommission angenommen.

Eine Petition, betreffend die Heranziehung der Rittergutsbesitzer zu den Schullasten, beantragt die Kommission der Regierung als Material für die zu erwartende, möglichst bald in die Wege zu leitende Schulgesetzgebung zu überweisen.

Abg. Knoch (kons.) beantragt mit Unterstützung mehrerer Mitglieder des Centrums und der konservativen Fraktion, die Regierung zu ersuchen, möglichst bald im Wege der Spezialgesetzgebung die Beitragspflicht der Gutsherren entsprechend zu regeln.

Für den Antrag Knoch sprechen die Abgg. v. Meyer-Arnswalde und Eberty (freis.). Letzterer spricht seine Freude darüber aus, daß von konservativer Seite diese Forderung der Gerechtigkeit erhoben werde.

Der Antrag Knoch wird angenommen. Der Rest der Tagesordnung — Petitionen ohne erhebliches Interesse — werden den Anträgen der betreffenden Kommissionen gemäß erledigt.

Bei einer Petition um Erhöhung der Pension eines Mittelschullehrers kündigt Abg. Schmidt-Sagan (freik.) für die nächste Session die Einbringung eines Antrages an, betr. die Regelung der Pensionsverhältnisse der Mittelschullehrer.

Der Präsident giebt hierauf die übliche Uebersicht über die Geschäfte der verflossenen Session.

Abg. Dr Windthorst (zur Geschäftsordnung): Meine Herren! Da wir am Ende unserer Geschäfte sind, so glaube ich, daß wir eine Pflicht zu erfüllen haben, die wir alle gerne thun, nämlich unserm verehrten Herrn Präsidenten zu danken für die unparteiische Leitung der Geschäfte. (Bravo.) Ich bitte Sie zum Zeichen des Dankes sich von Ihren Plätzen zu erheben. (Geschieht).

Präsident v. Köller: Meine Herren! Ich danke Ihnen für das freundliche Wohlwollen, welches Sie mir in diesem Augenblick und während der ganzen Session bewiesen haben. Ich danke besonders denen, die in der Besorgung der Präsidialgeschäfte mich stets freundlich unterstützt haben, den beiden Vizepräsidenten, den Schriftführern und den Quästoren. Zum Schluß fordere ich Sie, wie immer, so auch heute, auf, unsere Sitzungen mit dem Rufe zu schließen, der jederzeit den Anfang und Schluß unserer Sitzungen bezeichnet, mit dem Rufe: Se. Majestät unser allergnädigster König lebe hoch!

Das Haus stimmte begeistert in den Hochruf dreimal ein, worauf der Präsident die Sitzung um 3 Uhr schließt.

Schlußsitzung der vereinigten beiden Häuser des Landtags.

Am 14. Mai 4½ Uhr.

Am Ministertische: v. Puttkamer, Dr Friedberg, Dr von Scholz, Maybach, Dr Lucius.

Präsident des Herrenhauses, Herzog von Ratibor: Aufgrund der Vereinbarung beider Präsidenten des Landtages übernehme ich den Vorsitz und eröffne die Sitzung. Zu Schriftführern ernenne ich Herrn Barth vom Abgeordnetenhause und Herrn v. Neumann vom Herrenhause zur Führung des Protokolls, und die Herren Worzewski und v. Wiedebach zur Führung der Rednerliste. Ich ertheile dem Vizepräsidenten des Staatsministeriums das Wort.

Minister v. Puttkamer: Ich habe der Versammlung eine Allerhöchste Botschaft mitzutheilen. (Die Anwesenden erheben sich.) „Wir Wilhelm von Gottes Gnaden König von Preußen rc. haben aufgrund des Artikels 77 der Verfassungsurkunde vom 31. Januar 1850 den Vizepräsidenten unseres Staatsministeriums, v. Puttkamer, beauftragt, die gegenwärtige Session der beiden Häuser des Landtages Unserer Monarchie am 14. Mai d. J. in Unserem Namen zu schließen. Gegeben Berlin, den 13. Mai 1887. gez. Wilhelm." Gegengezeichnet vom gesammten Staatsministerium. Im Allerhöchsten Auftrage erkläre ich hiermit die Sitzung des Langstages der Monarchie für geschlossen.

Herzog von Ratibor: Se. Majestät der Kaiser, unser allergnädigster König und Herr, er lebe hoch! (Die Anwesenden stimmten dreimal in den Ruf ein.)

Schluß 4 Uhr 35 Minuten.

Abgeordneter Rickert über die politische Lage.

D. Köthen, 15. Mai.

Heute fand hierselbst eine vom liberalen Wahlverein einberufene Wählerversammlung statt, zu welcher der Reichstagsabgeordnete Landesdirektor a. D. Rickert sein Erscheinen zugesagt hatte; außerdem war auch der frühere freisinnige Abgeordnete Major a. D. Hintze erschienen. Die Versammlung, welche sehr zahlreich besucht war, wurde kurz nach 4 Uhr durch Hrn. Kommissionsrath Meyer mit einigen einleitenden Worten eröffnet, nach welchen der Hr. Abgeordnete Rickert das Wort erhielt:

M. H. Der Hr. Vorsitzende hat es Ihnen so leicht und so einfach dargestellt, daß nicht bloß ich, sondern auch mein Freund Hintze vor Ihnen erschienen sind; er hat Ihnen sogar Aussicht gemacht für die Zukunft und einige Wechsel unterschrieben, von denen ich nicht weiß, ob sie von meinem Freunde Hintze acceptirt werden. M. H., wenn Ihr Hr. Vorsitzender nicht das wunderbare Geschick gehabt hätte, daß er mich daran erinnert hätte, daß ich einmal hier im Jahre 1884 als Kandidat gewesen bin und daß er mich damit sozusagen an der Ehre gepackt hätte, daß ich heute gewissermaßen verpflichtet sei, Ihnen eine um 3 Jahre zurückliegende Kandidaten-Rede zu halten — ich war wirklich nicht Ihr Kandidat, ich glaube, es werden wohl einige von den Herren, die hier anwesend sind, mir die Ehre erweisen haben, für mich zu stimmen, aber ich war wenigstens der Kandidat Ihres Kreises — so würde ich in der That schwerlich hierher gekommen sein, da wir allerdings ein vollgerüttelt und geschüttelt Maß von Arbeit in Berlin haben, aber das war mir klar, daß ein Kandidat, der in seinem Wahlkreise noch nie gesprochen hat, schließlich doch einmal sagen muß, wie er eigentlich über die Dinge denkt — denn ich habe wirklich, ich will ganz genau sein, im Jahre 1884 hier in diesem Wahlkreise 1432 Stimmen erhalten. M. H., ich danke Ihnen dafür, daß Sie damals an mich gedacht haben — ein Aussicht, durchzukommen war nicht vorhanden — aber wunderbar ist es mir doch gewesen, daß bei der letzten Wahl, wo ich nicht hier kandidirt habe, unsere Partei im ganzen — 36 Stimmen gehabt hat. Nun, ich habe von den Freunden hier die Erklärung bekommen, man habe überhaupt bei der letzten Wahl die Sache nicht aufnehmen wollen, man habe sich gesagt, es ist doch ein vergeblicher Kampf, wir wollen für diesmal die Sache ruhen lassen und wollen unser Pulver trocken halten für die Zukunft; jawohl, m. H., für die Zukunft, und wenn ich auch für die Vergangenheit meine Kandidatenrede heute vor Ihnen halte, Ihnen herzlichen Dank wissend dafür, daß Sie mir damals die Ehre angethan haben, so sage ich mit Ihrem Vorstande: Für die Zukunft wollen wir arbeiten! Es giebt ja viele Leute im Deutschen Reiche, die da meinen, daß eine Partei wie die unserige, die freisinnige, eine Zukunft überhaupt nicht habe, daß sie abgethan, abgeschlachtet, hingemordet sei bei den letzten Wahlen, sodaß absolut nichts mehr von ihr übrig geblieben sei. (Heiterkeit.) Selbst die Statistik hat, um uns vollständig todtzuschlagen, sich um einige Nullen geirrt (Heiterkeit), die offizielle Presse hat gesagt, die einzige Partei, die geschlagen worden sei, und zwar nach Hunderttausenden, das sei die freisinnige. Es hat sich nachher herausgestellt, es war nur eine Null etwas anders gesetzt, und das genügte ja! M. H., wir haben bei der letzten Reichstagswahl immer noch eine Million Wähler, trotz all der Umstände, die damals gegen uns gestanden haben. Wir haben allerdings 40—50,000 Stimmen weniger an die Urne gebracht, aber m. H., der Sieg, den die Gegner erfochten haben, der kann kein Sieg für die Dauer sein. Das unnatürliche Bündniß, welches damals zwischen der äußersten Reaktion und der nationalliberalen Partei gewissermaßen auf Tod und Leben geschlossen wurde, das kann unmöglich die Zukunft unseres Vaterlandes beherrschen, es sei denn, daß derjenige Theil, der noch den liberalen Namen trägt, mit diesem Bündniß nicht blos den Namen sondern auch die liberale Sache aufgiebt. Wir haben ja bei jener Wahl allerdings es ertragen müssen — ich glaube, auch hier in diesem Wahlkreise — daß man uns gesagt hat, wir haben kein Herz für das Vaterland, wir seien die — ich glaube, so war der Ausdruck des Aufrufs, den ich zu meinem Erstaunen heute zum erstenmale hier gelesen habe — die ewig nörgelnde, ewig negirende Partei, die sich mit Centrum und Welfen verbinde und darin ihre Stärke suche. Nun, m. H., vergessen wir, was damals die Gegner in dem Wahlkampfe gegen uns gesagt haben. Daß sie nicht die richtigen Waffen gegen uns angewendet haben, das haben auch vorurtheilsfreie Konservative eingestanden. M. H., es war ein Landes-Aeltester in Schlesien, Hr. v. Tillmann, der da mitten in der Hitze des Wahl-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-18870517022/fragment/page=0002

kampfes erklärte, was man den Freisinnigen nachsage, daß sie das Vaterland wehrlos machen wollten, das sei unrichtig, das sei nicht wahr, und ihr Verhalten gebe noch keinen Grund, daß man sich mit dem Papste in Rom verbinde, um nun für das Septennat zu kämpfen. M. H., unsere Haltung ist von vorn herein eine vollkommen klare gewesen. Wenn man uns deswegen verhöhnt hat, daß wir sagten, wir wollten alles bewilligen, weil man meinte, daß eine Bewilligung für 3 Jahre nur die Hälfte von dem wäre, was 7 Jahre erforderten, ja, m. H., mit solchen Aussprüchen läßt sich überhaupt nicht rechten, dann könnte man mit demselben Rechte sagen, weil wir nicht alles, was der Staat braucht und was jährlich im Etat festgestellt wird, für längere Zeit bewilligen, deshalb wollten wir die Grundlagen des Vaterlandes erschüttern. Doch dieser Streit ist ja abgethan. Es war uns ernst mit dem was wir damals sagten, wir haben die ganze Regierungsforderung bewilligen wollen und, m. H., wir bewilligten auch nach der Wahl die Ausgaben. Allerdings haben wir gewünscht, daß die Zeit der Bewilligung eine begrenztere wäre, wir haben gewünscht, daß das deutsche Volk bei der nächsten Wahl noch einmal vor die Frage gestellt wird, nicht etwa darüber, ob an unser starken und, so Gott will, immer starken und kräftigen Armee, die nothwendig ist, um unser Vaterland zu schützen, etwas abgestrichen werden müßte, was nothwendig ist im Interesse des Vaterlands, nein, m. H., — es wäre doch wunderbar, wenn uns, die wir dasselbe Interesse haben wie die Nationalliberalen und Konservativen, unsern eigenen Herd, unser Vermögen und unsere Familie gegen auswärtige Feinde zu schützen, wenn uns daran läge, daß Franzosen oder Russen über die Grenzen hereinbrechen und unser Vaterland verwüsten und verheeren und uns mitschleppen und barbarische Zustände herbeiführen — ich sage also, nicht deshalb, um etwa nach 3 Jahren zu fragen, ob dieselbe Armee in derselben Stärke zu bewilligen wäre, sondern ob nicht Erleichterungen eintreten könnten in Bezug auf die schweren persönlichen Dienstleistungen, die der Einzelne dem Vaterlande zu leisten hat, ob nicht irgendwo an irgend einer Stelle des Militäretats, sei es in finanzieller Beziehung, sei es in Bezug auf die Dienstzeit, eine Erörterung mit der Regierung eintreten könnte, ob solche Erleichterungen möglich sind. Das Volk hat uns nicht verstanden, wir gehen vollkommen zu, daß wir in diesem Kampfe unterlegen sind; aber, m. H., das wird uns nicht abhalten, auch nach wie vor in dem Sinne weiterzuarbeiten, und wenn Sie die letzten Reichstagsverhandlungen gelesen haben, ich habe mir auch jetzt wieder erlaubt, nachdem wir nicht nur die 23 Millionen Mark bewilligt haben, die nothwendig waren zur Verstärkung des ordentlichen Heeresetats, sondern nachdem zur Ueberraschung aller Parteien — und der Herr Kriegsminister hat sich darüber nicht gewundert — noch 333 Millionen einmalige Ausgaben von uns verlangt wurden, die niemand vorausgesehen hat, ich sage, ich habe mir nochmals erlaubt, den Herrn Kriegsminister zu fragen, ob denn angesichts dieser kolossalen Erhöhung der Militärausgaben nicht wenigstens jetzt die Militärverwaltung daran denke, an irgend einem Punkte irgendeine Erleichterung für das Volk eintreten zu lassen; Sie haben ja auch die Antwort des Herrn Kriegsministers gehört, es sei unmöglich, irgendwie in der Dienstzeit irgend eine kleine Erleichterung eintreten zu lassen, im Gegentheil, bei der Kavallerie ist eine Erhöhung der Dienstzeit um einen Monat eingetreten, insofern als die Rekruten jetzt einen Monat früher einberufen werden. Nun, m. H., das deutsche Volk wird ja diese Lasten auf sich nehmen. Wir haben auch in Bezug auf die Haltung der Nationalliberalen, dem Kartell gegenüber, was ich nach der ganzen Vergangenheit, die ich gehabt habe — denn ich bin ja lange Zeit Mitglied und zwar geschäftsführendes Mitglied der nationalliberalen Partei gewesen — ihnen nicht so leicht vergessen werde, ich sage, wir haben trotz dieses Kartells, welches mit der ganzen konservativen Partei einschließlich der äußersten Rechten, der Kreuzzeitungspartei, im ganzen deutschen Reiche geschlossen worden ist, eine ziemlich abwartende Stellung eingenommen, und ich habe, ich glaube in Uebereinstimmung mit unserer Partei, bei der ersten Berathung des Etats die ausdrückliche Erklärung abgegeben, daß wir die Vergangenheit vergessen wollen, daß wir die nationalliberale Partei nicht nach dem beurtheilen wollen, was sie gegen uns im Wahlkampfe gethan, nicht danach, wie sie sich zu den Konservativen gestellt hat, sondern nach ihren zukünftigen Thaten, daß wir ruhig abwarten wollten, wie sie jetzt in dem sich verhalten würden, was nach unserer festen Ueberzeugung sofort auf die Tagesordnung kommen müßte. M. H., wir werden auch weiterhin diese abwartende Stellung einnehmen; der Vorhang ist schon recht hoch aufgezogen, und wir haben von Tag zu Tage eine Ueberraschung nach der andern erlebt. Es wird die Aufgabe sein, jetzt sich einmal zu prüfen, ob das wahr war, was ihnen während der Wahlbewegung gesagt worden ist. M. H., damals hieß es: Septennat oder Krieg, das ist die Frage! Ja, m. H., wir wußten sehr genau, daß das Septennat abgethan war; es giebt sogar viele und unterrichtete Kenner, welche der Meinung sind, daß, wenn die Regierung die 3. Lesung abgewartet hätte — es ist ja ein noch niemals dagewesener Vorgang, daß man den Reichstag nach der 2. Lesung aufgelöst hat — daß dann das Septennat wahrscheinlich angenommen worden wäre. Indeß, man wollte überhaupt mit diesem Reichstage nicht weiter in eine Behandlung über diese Dinge eintreten, er wurde aufgelöst, und während der Wahlbewegung wurde Ihnen allen gesagt: Das Vaterland ist in einer akuten Gefahr dem Feinde gegenüber, es kommt jetzt auf garnichts anderes an als auf die Sicherung unserer starken Armee. Nun, m. H., ich weiß nicht, ob Sie heute noch in der Stimmung sind, in der Sie vor den Wahlen waren, die Kriegsaussichten sind wohl ziemlich in den Hintergrund getreten; die Stiefeln, welche damals, wie ein konservatives Blatt in vollem Eifer erzählte, von den Landwehrmännern und von den Reservisten schon überall bestellt wurden, um dem Feinde demnächst entgegenzugehen, die Stiefeln sind überhaupt nie bestellt, denn dafür sorgt ja die Militärverwaltung; das Holz, das damals zu den Baracken gekauft werden sollte, ist ebenso aus der Diskussion verschwunden wie das Melinit und all die schaurigen Dinge, mit denen damals der Wähler unterhalten wurde, und die wirklich tiefen Eindruck gemacht haben.

Heute haben wir eigentlich uns über die Militärtage gar nicht mehr zu unterhalten; jetzt kommt aber nicht nur die Rechnung für die höheren Militärausgaben nach, sondern m. H., jetzt kommen die Dinge auf die Tagesordnung, von denen wir Ihnen immer gesagt haben, daß sie die Hauptstücke unserer zukünftigen parlamentarischen Verhandlungen sein würden. Man hat uns nicht geglaubt, wir können nichts dafür; aber das deutsche Volk wird das jetzt an sich erleben, was wir vorausgesagt haben und wir können nichts weiter thun als sagen: Wer nicht hören will, muß fühlen.

M. H., wir haben die Militärausgaben bewilligt, daraus folgt, daß wir das, was nothwendig war zur stärkeren Ausstattung unserer Armee, nun auch auf dem Wege der Bewilligung der Einnahmen beschaffen müssen; wir haben uns dazu bereit gefunden.

M. H., unsere Partei ist nicht so, wie sie Ihnen dargestellt wird, z. B. in ihrem Anhalter Anzeiger — ich gehöre nicht zu den gewöhnlichen Lesern desselben, ich habe nicht die Ehre, mich an dieser Lektüre täglich ergötzen zu können, aber so dann und wann wird mir doch mal so ein Blatt unter Kreuzband zugeschickt, und da ersehe ich, was dasjenige Blatt, welches doch das maßgebendste im Anhaltischen Lande sein sollte, über uns spricht. Wie wir darin gescholten werden, wissen Sie Alle; aber Sie können mich nachher interpelliren, Sie können uns einmal ausforschen, ob denn wirklich bei uns diese Nörgeler, diese reine Negation vorhanden ist. Nein, m. H., wir sind auch der Meinung, daß die Parteien, die sich zur Stärkung der Armee bereit erklärt haben, nun auch verpflichtet sind, die Mittel herbeizuschaffen.

Mit unserm Antrage zugleich haben wir damals, bevor der Reichstag aufgelöst wurde, und nach der Auflösung wiederum den Vorschlag gemacht, die Mittel im Betrage von 25—30 Millionen aufzubringen durch die Einführung einer Reichseinkommensteuer. Man hat anfangs diese Sache nicht für ernst genommen, man hat es gewissermaßen für einen Schachzug gehalten, mit dem wir uns gewissermaßen außerhalb der Schußlinie stellen wollten. Ja, m. H., wir können überhaupt thun was wir wollen: lehnen wir ab, dann sagt man, wir sind Nörgler, wir bewilligen nichts, haben wir mal positive Gedanken, so sagt man, das ist ja doch auch bloß alles Schein, das ist nichts weiter wie Täuschung der Wähler u. s. w. und wie die schönen Redensarten alle heißen. M. H., die Reichseinkommensteuer-Idee hat in der Wahlbewegung zu unserer Freude eine große Rolle gespielt, wir haben die Genugthuung gehabt, daß sie im deutschen Volke auf einen fruchtbaren Boden gefallen ist. Ich glaube, wenn wir heute eine Volksabstimmung vornehmen könnten, wie sie heute, wenn ich mich nicht irre, in der Schweiz über das Branntweinmonopol stattfindet, ich glaube, Sie und viele Millionen Wähler würden sich nun wohl für diese nörgelnde, immer ablehnende Partei und ihr Programm, Einführung einer Reichseinkommensteuer stimmen. M. H., ich glaube, daß die Million Freisinniger, die bei den letzten Wahlen treu zu der Fahne der Freiheit und Gerechtigkeit gehalten hat, sich nicht blos verdoppeln, sondern daß sie sich vervielfachen würde, wenn es sich um dieses Projekt handelte. Und doch, m. H., wie viele Abgeordnete im Deutschen Reichstage sind dafür eingetreten! Alle Parteien waren dagegen, und weshalb? M. H.! Finden Sie es denn nicht gerechtfertigt, daß in Deutschland eine solche direkte Steuer eingeführt wird, eine Steuer, welche damals, als die Bundesverfassung verhandelt wurde, nicht nur in der nationalliberalen, sondern bis weit in die konservative Partei hinein Sympathien fand; mein verehrter Gegner v. Minnigerode, mit dem ich dann und wann einen Strauß auszufechten habe, hat mit einem wahren Enthusiasmus sich damals für eine solche Steuer erklärt, man hat sogar einen Tag in Gotha oder Eisenach abgehalten und die Mitglieder der konservativen, der nationalliberalen und der damaligen Fortschrittspartei haben sich für diese Steuer erklärt. Und, m. H., ist es denn nicht richtig, daß, nachdem wir seit 1879 die indirekten Steuern, die hauptsächlich auf die niedern Klassen des Volkes fallen, um 170 bis 180 Millionen erhöht haben, sodaß wir in Deutschland etwa 400 Millionen indirekte Steuern haben, ist es da nicht richtig, daß man nun auch die Wohlhabenden heranzieht zu einer solchen Ehrenleistung dem Staate gegenüber. Nun, m. H., war es zu hoch gegriffen, wenn wir sagten, wir wollen mit 6000 M. Einkommen anfangen, und zwar mit 1/2 Proz. bis allerhöchstens 2 1/2 bis 3 Proz.? Ist daran irgend etwas, was Tadel verdiente, was unannehmbar wäre? Man hat allerdings in der konservativen Presse gesagt, dann käme es wohl schließlich darauf hinaus, daß die Herrn Rothschild und Krupp alles bezahlen müßten. Nein, meine Herren, wir haben immerhin noch 200,000 Personen in Deutschland, die zu dieser Steuer herangezogen würden und zwar die Leistungsfähigsten, die diese Last am ersten tragen können. Daß wir dabei auch im Auge hatten die Reichsunmittelbaren, die sonst steuerfrei sind, die weder Grund-, noch Gebäude-, noch Einkommen-Steuer zahlen — warum, wissen wir nicht; das sind alte Privilegien, die in der Verfassung weder des Deutschen Reichs, noch des Preußischen Staates irgend einen Hintergrund haben — daß wir, sage ich, den Vortheil hatten, auch diese Reichsunmittelbaren heranzuziehen, das konnte dem Vorschlage nur zur Empfehlung dienen. Man hat es nicht gewollt, und leider hat uns auch die nationalliberale Partei bei diesem Antrage vollkommen im Stiche gelassen, trotzdem eine Reihe von Kandidaten ihren Wählern gegenüber das bestimmte Versprechen gegeben hatten, sie würden für diese Idee der Freisinnigen — sie mußten doch einmal etwas Gutes an uns lassen — eintreten, da sie dieselbe ganz vorzüglich fänden. Ja, m. H., die Worte helfen nichts, wenn es an den Thaten fehlt. Als der Antrag im Reichstage zur Abstimmung kam, hat der Hr. Abgeordnete Miquel eine Rede gehalten, die mich recht traurig gemacht hat, weil ich daraus ersehen mußte, daß die alten Vorstellungen, die wir hatten, als wir noch gemeinsam mit einander arbeiteten in jener schönen Zeit nach der Errichtung des Norddeutschen Bundes, nach der Errichtung des Deutschen Reichs, als wir die freiheitlichen Grundlagen für die Zukunft des Deutschen Reichs niederlegten, daß diese freiheitlichen Vorstellungen doch etwas in die Rumpelkammer gestellt werden. Man hat uns damals verwiesen an die Einzelstaaten. Nun gut, m. H., Sie haben heute schon aus dem größten deutschen Staate den Beweis, was es heißt, die Sache im Reichstage ablehnen und an die Einzelstaaten verweisen; ob es bei Ihnen in Anhalt vielleicht besser wird, wird die Zukunft lehren.

Wie ist es nun in Preußen geworden?

Die Herren Konservativen und Nationalliberalen sagten uns: Diese Sache ist vortrefflich, gewiß! Ihr habt ganz recht; die ärmeren Klassen sind jetzt zu sehr mit indirekten Steuern belastet; wir müssen unbedingt die indirekten Steuern weiter anspannen, also wir wollen die reicheren Klassen schärfer heranziehen, namentlich der Erhöhung der Militärlast gegenüber — aber nur nicht im Reiche, dadurch verwirren wir ja die Steuersysteme der einzelnen Staaten, mag das jeder Staat bei sich selbst abmachen, der Effekt ist doch schließlich derselbe. Nun, m. H., wir haben vor wenigen Tagen im preußischen Abgeordnetenhause die Probe auf's Exempel gehabt. Hr. v. Minnigerode und seine Freunde brachten einen Antrag ein auf Einführung einer Kapitalrentensteuer: dazu sollen nur die vermögenden Klassen herangezogen werden; Ihnen in Anhalt hätte das allerdings nichts geholfen, aber es wäre doch immerhin ganz gut, wenn wenigstens in Preußen die Vermögenden besser herangezogen würden. Ja, m. H., Kapitalrentensteuer, ein wunderbar schöner Begriff, ganz ausgezeichnet! Es kommt nur darauf an, wie die Geschichte ausgeführt werden soll. Wir kennen die Geschichte schon. Die Regierung hat vor einigen Jahren im Preußischen Landtage einen solchen Entwurf vorgelegt — aber, m. H., wie sah er aus? Das Kapital sollte gepackt werden, aber nicht das Kapital, welches in Grundbesitz angelegt ist; aber, m. H., derjenige, der ein Gut hat, ein Gut von 100,000 Morgen meinetwegen, das er verpachtet hat und Renten davon zieht, ist doch eigentlich auch ein sogenannter Kapitalist — es würde wohl mancher sehr gern in dieser Situation sein (Heiterkeit) — und wenn er nun diese Renten bezieht, so sind die doch ebensoviel werth, als wenn er Aktien hat von einer Zuckerfabrik oder sonst einer Fabrik, und man fragt doch, warum soll der Mann nicht auch herangezogen werden? Wir haben damals gesagt, darauf gehen wir nicht ein; das Kapital heranziehen — ja wohl! aber alles Kapital, nicht nur das Kapital, das in Papieren, sondern auch dasjenige, welches in Grundbesitz angelegt ist; wenn wir einmal eine Kapitalrentensteuer einführen, dann wollen wir sie auch haben nach allen Richtungen hin, kurzum, wir wollten die Steuer so nicht und sie fiel auch. Hr. v. Minnigerode hat nun wieder einen Antrag eingebracht auf Reform der direkten Steuer; ja, m. H., lesen Sie die Verhandlungen selbst, ich will Sie Ihnen hier nicht durch die freisinnige Brille verdeutlichen — lesen Sie die Verhandlungen und fragen Sie sich, ob ich recht habe, wenn ich sage, daß nach diesen Verhandlungen, wie wir sie vor wenigen Tagen über die Heranziehung der besitzenden Klassen bei der Reform der direkten Steuern gehabt haben, in den nächsten Jahren absolut keine Aussicht vorhanden ist. Der preußische Finanzminister hat uns das rundweg erklärt, er hat gesagt, die Regierung wäre dazu bereit, aber mit der einfachen Resolution könne sie nichts machen, es müsse so eingerichtet werden, daß das Steuerbewilligungsrecht, daß die Frage des Wahlrechts nicht damit in Verbindung gebracht würde, und vor allen Dingen sollten die Reichsunmittelbaren nicht angetastet werden, sie sollen ihre Privilegien für immer behalten. Ja, m. H., auf diese Brücke können wir natürlich nicht treten, und von uns ist, Gott sei Dank, auch bei dieser Geschichte nicht die Rede, auch die andern Parteien haben die Resolution Minnigerode nicht angenommen und man ist zur motivirten Tagesordnung übergegangen. Jeder aufrichtige und unbefangene Beobachter jener Verhandlungen aber wird sagen müssen, diese Reform der direkten Steuern in dem Sinne, wie wir unsern Reichseinkommensteuer-Antrag gestellt haben, ist auf die lange Bank geschoben. Ich glaube aber, daß wir die Idee einer Reichseinkommensteuer festhalten müssen; wir dürfen gerade im Interesse der nationalen Idee — es sei auch mir mal erlaubt, dieses leider vielfach mißbrauchte Wort anzuwenden — die Einführung einer direkten Reichseinkommensteuer nicht aus dem Auge lassen.

Ja, m. H., es giebt auch noch andere Punkte auf diesem Gebiete, die des Ausbaues würdig sind. Der Minister Camphausen hat, bevor er sein Amt niederlegte, auf ein Gebiet hingewiesen, das in der That der näheren Prüfung und Erwägung bedarf: die Erbschaftssteuer; in keinem kultivirten Lande bringt sie so wenig ein als bei uns. Wenn es darauf ankäme, gerechte Steuern aufzusuchen, so gäbe es deren genug, aber wir gehen uns zu dieser Rolle nicht her. Wir haben damals die Reichseinkommensteuer vorgeschlagen, aber nur zu einem ganz bestimmten Zwecke; wenn Sie aber Leute nach Berlin schicken wollen, die über das Bedürfniß hinaus Hunderte von Millionen bewilligen, dazu können Sie uns nicht brauchen. Unser Grundsatz ist immer gewesen, daß die Bewilligung der Einnahmen der Bewilligung der Ausgaben nicht vorauseilen darf, nur so ist die Sparsamkeit denkbar, wie sie bei uns so nothwendig ist. Man weist jetzt darauf hin, was die anderen Länder für ihre Rüstungen ausgeben, das müßte die deutsche Nation auch können. Gewiß, ganz sicherlich! M. H., Friedrich der Gr. hat im Kampfe gestanden mit ganz Europa, studiren Sie einmal seine Finanzwirthschaft! Sie war freilich ganz anders als die unserer heutigen Finanzpolitiker, die das Heft in den Händen haben. Was hat denn Deutschland so groß gemacht? Die ganz ausgezeichnete knappe Finanzpolitik; das ist das Kleinste hat man gespart, weil man sich gesagt hat, wir müssen die moralischen Machtmittel zu entwickeln, daß wir den andern voraus sind, die materiellen dagegen müssen wir schonen, weil wir es darin den anderen doch nicht gleichthun können. Wir können die anderen nur übertragen durch die moralischen Machtmittel, durch die Zucht, durch die ganze, ich möchte sagen, nationale Dressur, welche dahin zielt, die Unterordnung unter das Staatsganze bei jedem Einzelnen lebendig zu erhalten, daß die Interessen des Einzelnen vor dem Ganzen unter allen Umständen zurückzutreten haben, daß er es niemals wagen darf, sein persönliches Interesse als Staatsinteresse auf den Markt zu bringen. (Bravo!)

Ich freue mich, daß trotz der schweren Zeiten noch über eine Million deutscher Wähler, und ich glaube, es giebt noch mehr, ihre Unabhängigkeit gewahrt haben. Die Zeiten, die wir jetzt durchleben, sind schwer, aber für die Dauer, m. H., wird es nicht so weiter gehen, die Zeiten, die wir jetzt erleben, sie sind eine Erziehung für das deutsche Volk. Jetzt sollen Sie klar werden über das was vorgeht, und da frage ich Sie nun, und ich komme damit zu den Aufgaben des Reichstags, das haben Sie gewiß nicht erwartet, daß die Sache so schnell gehen würde. Die Branntweinsteuer ist uns vorgelegt; der Branntwein ist ein vorzügliches Steuerobjekt, darüber sind wir wohl alle einig; aber, m. H., wenn wir eine neue Steuer einführen, so wollen wir wissen, was wird dafür erleichtert? M. H.! wir können doch nicht fortwährend so weiter gehen; wir erheben allein an indirekten Steuern 400 Millionen. Als 1879 der Herr Reichskanzler mit seinem neuen Programm auftrat, da sagte man — es ist vielleicht Anekdote, hat aber viel innere Wahrscheinlichkeit — daß er damals verschiedenen Herren das Finanzministerium angeboten und an diese die Forderung gestellt hat, 300 Millionen an neuen Steuern aufzubringen; die meisten, die als Kandidaten genannt wurden, erklärten: Durchlaucht, non possumus — wir können nicht! Aber der eiserne Kanzler ist auch mit der Hälfte zufrieden, er fängt mit der Hälfte an und endigt mit dem Ganzen; und jetzt sind wir bereits so weit, daß wir in zwei Monaten sagen können, die 300 Millionen sind nicht nur bewilligt, sondern noch 100 Millionen darüber. Das ist die Quittung, die die Wähler für ihre ausgezeichnete Abstimmung am 21. Febr. erhalten, und ich glaube, m. H., diese Quittung ist ihnen ganz dienlich, es wird noch viel besser kommen.

Um nun wieder zur Branntweinsteuer zurückzukommen: in der Diskussion hat man für dieselbe ethische Gründe vorgebracht — ethische Gründe für eine solche Vorlage! (Heiterkeit.) Ja, ich lasse es mir gefallen, wenn ein Redner auftritt. Der Schnaps ist ein Uebel, das ist unzweifelhaft, Kaffee, trinkt Kaffee. Ja, m. H., einem solchen Redner sage ich, hebe den Kaffeezoll auf, mache den Kaffee dem Volke zugänglicher! Wenn man aber dann die Spiritusbrenner bei diesen ethischen Reden sieht, und wenn sie sich mit lebhafter Phantasie das Schwinden der Schnapsdrinker ausmalen, so wird ihnen doch verdammt bitter zu Muthe! (Heiterkeit.) Aber diese Schnapssteuervorlage ist gar nicht so geartet, daß sie die Produktion vermindert, im Gegentheil, sie vermehrt dieselbe; das ist doch ein Widerspruch, der sich nicht lösen läßt. Aber alles das, m. H., ist nichts gegen die eine Thatsache, daß der Staat mit seinen Mitteln eingreift, um einer verhältnißmäßig kleinen Zahl von Brennern ein Geschenk von jährlich 30—40 Millionen zu geben. Daß schon allein dieses Punktes wegen die Steuer für uns nicht annehmbar ist, brauche ich Ihnen wohl nicht erst auseinandersetzen. Nun kommt man aber weiter mit nationalen Gründen: Wir gehen über die Mainlinie zu unseren süddeutschen Brüdern, wir werden eine einzige große Schnapsgemeinschaft! Ja, m. H., warum geht der Süddeutsche über den Main? Ganz einfach: weil er es gut bezahlt bekommt. Die Süddeutschen trinken viel weniger Schnaps, und die Sache liegt dann einfach so, daß wir Norddeutsche die Geschichte bezahlen müssen, während die Süddeutschen den Profit einstreichen. Im Interesse der ausgleichenden Gerechtigkeit müßten wir Norddeutsche dann verlangen, daß entweder auch eine große Biergemeinschaft hergestellt wird oder aber, daß die Süddeutschen mehr Schnaps trinken müssen; freilich wird keins von beiden geschehen. M. H.! Auch der Zustand der Zuckersteuer ist ein unhaltbarer, und gerade aus unserer Partei ist das Verlangen nach einer Reform der Steuer am lebhaftesten hervorgetreten. Auch da waren wir Nörgler, aber nicht negativ, m. H., sondern positiv; die Staatskasse hätte, wenn die Exportprämie nicht gewesen wäre, eine Einnahme von 77 Millionen Mark gehabt, so hat sie 13 Millionen gehabt, und 64 Millionen sind in Gestalt der Exportprämie in die Taschen der Zuckerfabrikanten geflossen. Die Folge davon ist natürlich eine kolossale Ueberproduktion gewesen, und die alten Zuckerfabriken bekommen nur fortwährend neue Konkurrenten. Sie wissen, was wir nun für eine Steuer bekommen werden: es wird die Rübensteuer herabgesetzt auf 1 M., gleichzeitig aber wird eine neue Konsumsteuer von 10 M. pro Doppelcentner eingeführt, also immer noch eine Mehrbelastung, die der Konsument zu tragen hat, während man auf viel einfacherem Wege, durch allmälige Herabsetzung der Exportprämie, dasselbe Ziel erreichen könnte. Wir hatten geglaubt, die Leute würden nun an Schnaps und Zucker vorläufig genug haben; aber nein! Die Herren Agrarier haben es im preußischen Landtage gar nicht erwarten können und haben den Antrag gestellt, die Regierung aufzufordern, daß sämmtliche landwirthschaftliche Schutzzölle in nächster Zeit erhöht werden sollen. Als wir diesen Antrag lasen, da wußten wir, daß die Herren sich gewissermaßen vor ihren Auftraggebern, den Agrariern, rechtfertigen wollten; aber unmittelbar darauf erhob sich der landwirthschaftl. Minister Lucius und erklärte kurz und bündig, die Nothlage der Landwirthschaft sei da, die Preise seien herumgegangen, man sehe also, daß der höhere Zoll nicht geschadet habe. Nun scheint aber diese Erklärung nicht blos auf die Börse, sondern auch auf politische Kreise einen großen Einfluß ausgeübt zu haben; es wurde angekündigt, daß in Baden 75 Proz. der Landwirthe einer solchen Erhöhung ganz energisch entgegentreten würden. So wird denn augenblicklich wieder abgewiegelt, man will erst die Schnapssteuer glatt abwickeln, dann aber wird es wiederkommen. Denken Sie einmal, Sie hätten selbst etwas mit dem Handel auf diesem Gebiete zu thun und nun schon wieder diese Beunruhigung! Und dabei streitet man sich, ob von 3 M. auf 8 oder 9 M., die „Nord-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-18870517022/fragment/page=0003

deutsche Allgemeine" bringt den Artikel eines Agrariers, der 9 M. verlangte. Ihr Abg. Hr. Oechelhäuser hat ein vortreffliches Schriftchen herausgegeben, worin er nachweist, daß man in Anhalt jährlich für 1 M. pro Kopf Getreide zukaufen muß, und ich glaube, bei stärkerer industrieller Entwickelung wird die Summe noch größer werden. Ich gehe in dieser Beziehung Hand in Hand mit Hrn. Oechelhäuser, derselbe hat ja auch erklärt, daß die Verzollung der nothwendigen Lebensmittel, insbesondere des Kornes mit dem liberalen Programm unvereinbar wäre. Ich bedaure nur, m. H., daß die Nationalliberalen diese Frage nicht bei ihren Programm-Erörterungen in den Vordergrund geschoben haben. Denn wenn etwas unvereinbar ist mit dem liberalen Votum, dann suche ich doch vor allen Dingen dafür zu sorgen, daß meine Genossen in der Partei auch genau ebenso handeln wie ich sage. Was ist aber geschehen, m. H., als ich im Abgeordnetenhause einfache Tagesordnung beantragte? Hr. Hobrecht und verschiedene andere Nationalliberale stimmten dagegen. Was soll man dazu sagen, wenn eine Partei sich fortwährend in dieser Weise annulliert, indem der eine Theil den andern aufhebt, und gerade bei einem Punkte, der, wie Hr. Oe. gesagt hat, unvereinbar ist mit dem liberalen Programm. M. H., ich habe sehr schwarz gesehen bei den letzten Wahlen, aber das, gestehe ich, habe ich nicht für möglich gehalten, daß man kurz nach der Wahl mit solchen Forderungen kommen würde. Ja, m. H., wenn einmal die Dämme weggeschwemmt sind und die Fluth darüber hingegangen ist, dann ist kein Halt mehr, wir werden noch andere Dinge erleben. M. H. Ich schwärme von Jugend an — ich bin selbst in landwirthschaftlichen Verhältnissen aufgewachsen — für die Landwirthschaft und ich verstehe es vollkommen, wenn ein enragirter Landwirth die Meinung ausspricht, es sei das wichtigste Gewerbe im ganzen deutschen Staate. Vollkommen zugegeben, m. H., auch ich bin der Meinung, daß wir Alles thun müssen, um die Landwirthschaft zu erhalten, aber wie? Sie zu erhalten und zu fördern in dem Sinne, daß man den Landwirth selbst anstachelt, das zu thun, was zur Hebung nothwendig ist, nicht aber ihn in trügerische Sicherheit einlullen, wie bei der Zuckerindustrie u. s. w. Was glauben Sie wohl, was es helfen wird, wenn man die Zölle erhöht? Der Agrarier in der „Norddeutschen" rechnet aus, daß bei einer Erhöhung auf 9 Mk. er pro Morgen 7½ Mk. Mehreinnahmen haben werde. M. H., ich würde das für ein großes Unglück halten, denn es ist ein künstliches Mittel: nur eine Theuerung und die ganze Geschichte ist fortgeschwemmt vor der Entrüstung und dem Unwillen des Volkes. Wir haben 1885 und 86 große Ernten gehabt, durch die Ueberspekulation waren große Massen von Getreide hereingeschafft und so haben wir diesen niedrigen Stand der Preise 2 Jahre gehabt. Aber, m. H., es kann auch mal schlechtes Wetter sein, ein paar ungünstige Ernten — was dann? In Frankreich hat man wenigstens die Sicherheitsklausel, daß bei Theuerung die Regierung ohne weiteres die Getreidezölle aufheben kann, aber bei uns denkt man an solche Maßregeln nicht; hier wollen sie es für die Dauer haben, diese 7½ M. pro Morgen sollen eine eingetragene Hypothek werden, die den Herren Grundbesitzern garantirt wird. M. H., die landwirthschaftlichen Verhältnisse sind in Deutschland sehr verschiedenartig. Ich glaube nicht, daß man von der Anhaltischen Landwirthschaft sagen kann, daß sie durchweg Noth leidet, wenigstens habe ich heute gehört, daß in den letzten Tagen verschiedene Morgen Land verkauft worden sind, die — allerdings bei gutem Boden — einen Ertrag von 1380 M. pro Magdeburger Morgen gegeben haben; bei uns giebt es allerdings so etwas nicht. Die hessische Enquete hat ergeben, daß die Verschuldung der Landwirthschaft nicht zu-, sondern abgenommen hat. Ich kann nur sagen, die Erhöhung der landwirthschaftlichen Zölle würde die Landwirthschaft in die ungesündesten Bahnen lenken. Die „Kreuz-Zeitung" hat ganz offen gestanden, es wäre unklug gewesen, bei den Wahlen davon zu sprechen, jetzt fragen wir an und jetzt muß die Sache durchgefochten werden — natürlich wird sie es, und Sie haben die Erfolge gesehen. Was war die Antwort von Osten? Rußland antwortete mit starken Erhöhungen. Bei dem rumänischen Handelsvertrage hat mein Freund Broemel ganz richtig hervorgehoben: glaubt jemand, daß ein kultivirter Staat es ruhig mit ansehen wird, wenn wir ihm den Export beschneiden? Es giebt noch ein Land, von dem man hoffen kann, daß die schutzzöllnerische Bewegung daselbst zugrunde geht, nämlich England. Was sind das aber für Zustände, m. H., wie es neulich wieder im Abgeordnetenhause war, daß einer von der rechten Seite frohlockte und triumphirte darüber, daß in England die schutzzöllnerische Bewegung in die Höhe komme! Nennen Sie das nationale Politik, weiß der Herr, was er spricht? Wie soll es werden, wenn England Schutzzölle gegen uns erhebt, d. h. den größten Theil unsres Exports vernichtet?! Und die konservativen Schutzzöllner frohlocken darüber, daß in England jetzt eine Politik Vorschub bekommt, die uns am Lebensnerv trifft. Sind das nationale Interessen? Ich sage, jeder, der sich darüber freut, daß in England die schutzzöllnerische Bewegung hoch kommt, versündigt sich an den Interessen des Vaterlandes. Wenn Sie die Liste der verschiedenen Staaten durchgehen, überall die Bewegung für Erhöhung der Schutzzölle, weil Deutschland den Vortritt genommen hat. Wo soll das schließlich hinaus, wenn ein Staat nach dem andern den andern in die Höhe schraubt!

M. H. Deutschland ist ein Industrie-Staat, das ist eine Thatsache, die auch die Agrarier nicht verkennen können; in dem Augenblicke, wo wir die Grenzen schließen, in dem Sinne, daß wir die Nachbarn zu erhöhten Zöllen reizen, dann adieu! deutsche Industrie. Denn wo bleibt unsere Industrie, wenn wir keinen Export mehr haben? Wenn wir aber vom Export leben müssen, dann müssen wir doch vorsichtig sein, und ein Unglück wäre es doch auch nicht, m. H., wenn die ärmeren Leute billiges Brot bekommen. Wir haben uns an die hohen Preise gewöhnt; aber sind das eingeschriebene Renten? Haben wir nicht überall das Auf- und Abgehen der Preise und muß das nicht jeder Stand hinnehmen? Ich bin bei mehreren Schiffen betheiligt, das Geld, was ich drinnen habe, Sie können es billig haben — für gar nichts. Was würden Sie nun sagen, wenn ich sagen würde, davon leben so und so viele Menschen, es ist eine berechtigte Industrie, der Staat thue den Säckel auf und spende dafür. Glauben Sie, daß es solche Ideen giebt? Haben Sie nicht gelesen, was neulich in der „Schlesischen Ztg." stand, wo ein Landwirth offenherzig und ehrlich gesagt hat: Ich und viele Berufsgenossen sind der Ansicht, daß die Vorgänge der letzten Zeit die Frage zu einer brennenden gemacht haben, ob nicht durch Staatsunterstützung den in Noth gerathenen Großgrundbesitzern geholfen werden müßte, denn es sei doch ein sehr großer sozialer Uebelstand, wenn solche hochangesehene Leute vom Gerichtsvollzieher belästigt würden. Nun, wir glauben, das ließe sich doch so bewerkstelligen, daß alljährlich die Summe von 20 Millionen Mark „zur Unterstützung hilfsbedürftiger und würdiger Großgrundbesitzer" (Heiterkeit.) in den Etat eingestellt wird. Ja m. H., Sie lachen, das ist gar nicht so lächerlich, es ist bitterer Ernst. M. H. das ist das Traurige, daß solche Vorstellungen überhaupt in die Köpfe der Menschen hineinkommen können, das ist die ganze wirthschaftliche Politik, wie sie von den Agrariern poussiert wird. Ist es denn viel anders, wenn ich sage, der Großgrundbesitzer hat ein verbrieftes Recht auf das Einkommen, das er früher in den guten Jahren gehabt hat und der Staat muß ihm dazu helfen. Wie wäre es, kämen wir nicht viel billiger weg, wenn wir eine Liste der nothleidenden Großgrundbesitzer fertig stellen und es in dem Haushalt in Thaler, Groschen und Pfennigen hineinsetzten, dann wüßten wir doch, wen wir in die Höhe brächten, wir könnten sagen, der Herr So und So ist Staatspensionär, und dann würden wenigstens die, die nichts brauchen, nichts bekommen. M. H. die Sache ist ernst und traurig, aber sie haben es an der Hand, daß solche Dinge nicht wieder vorkommen können. Die Staats-Raison bringen sie wieder in das Gewissen jener Leute, daß der Einzelne kein Recht hat, auf allgemeine Kosten zu leben und gewisse ungünstige Konjunkturen mir auf das Staats-Konto zu übertragen. Ich frage jene Herrn, mit welchem Grund und mit welchem Gewissen wollen sie fortan die Forderungen der sozialdemokratischen Partei ablehnen, wenn sie das Recht des Arbeiters proklamirt, er müsse so und so viel Lohn erhalten; ist es nicht ebenso begründet, wenn es dann heißt; eine Arbeiterfamilie von Mann, Frau und 8 Kindern braucht so und so viel Hundert Mark, um zu existiren, und wenn er das durch seiner Hände Arbeit nicht verdienen kann, so muß der Staat aus seinem Säckel geben? Das ist ebenso berechtigt, vielleicht berechtigter als die Forderung des Agrariers, der sich bei ungünstiger Konjunktur an den Staat wendet, um aus den Taschen der Steuerzahler das herauszubringen, was ihm fehlt. Die eine Forderung ist mindestens ebenso gerecht, mindestens ebenso klar wie die andere; entweder — oder, entweder das eine verwerfen, beide annehmen, oder beide verwerfen!

Ja, m. H., man geht noch weiter. Wir haben im Abgeordnetenhause eine Petition bekommen von dem Vorstande des Vereins der Steuer- und Wirthschaftsreformer — unterzeichnet v. Mirbach. Danach will man die ganze Hypothekenlast des Grundbesitzers in eine durch Amortisation tilgbare unkündbare Rentenschuld verwandeln und die Provinz soll dafür haftbar sein. Es ist sogar schon eine Broschüre erschienen, in der diese Idee zu Nutz und Frommen der Abgeordneten auseinandergesetzt wird.

M. H. Ich kann nur sagen, wenn die Dinge so weitergehen, sehe ich das Ende nicht ab; aber ich habe allerdings die Hoffnung, daß diese drei Jahre eine Zeit der Prüfung, eine Zeit der ernsten Sammlung für die deutschen Wähler sein werden. Ich kann Sie nur ermahnen, daß sie nicht in Unthätigkeit verharren, sondern, daß jeder von Ihnen es sich zur Pflicht macht, den Dingen, die da vorgehen, mit gespannter Aufmerksamkeit zu folgen. Wenn so wichtige Entscheidungen vorgehen, da wäre es ein Unglück, wenn die Nation stumpf und unthätig dem gegenüberstände und die Hände in den Schoß legte. Was würde die Folge sein? In Deutschland haben jetzt noch die besitzenden und gebildeten Klassen das Vertrauen der Majorität des Volkes; aber wehe, m. H., dem breiten Mittelstande in Deutschland, wenn dieses Vertrauen schwindet, wenn eine Politik zur Geltung kommt, welche entgegen der unerbittlichen Staats-Raison, die Unterordnung des Einzelnen verlangt, die agrarischen Sonder-Interessen in den Vordergrund schiebt. M. H., das ist eine Existenzfrage für den Mittelstand; wollen Sie das ruhig hinnehmen oder wollen Sie hintreten in den Kampf gegen diese Dinge? Nun gut, dann würden Sie Ihre Pflicht erfüllen; wollen Sie es nicht, ja dann müssen Sie sich nicht wundern, wenn über Sie zur Tagesordnung übergegangen wird, und wenn die Tausende, die sich jetzt in den einzelnen Wahlkreisen den sozialdemokratischen Führern anvertrauen, Tausende und Abertausende werden, wenn die Unzufriedenheit in solchem Maße in die Massen kommt, daß von einer gedeihlichen, ruhigen Entwickelung nicht mehr die Rede sein kann. In Belgien hat die Erhöhung der Viehzölle und der landwirthschaftlichen Schutzzölle eine solche Bewegung unter den Arbeitern hervorgerufen, daß man sogar die Streiks damit in Verbindung gebracht hat. Der deutsche Arbeiter ist langsamer und ruhiger von Temperament und Empfindung, aber ich fürchte, wenn einmal die Sache in Bewegung gekommen ist, ist sie nicht zu halten. Ich sage Ihnen, m. H., im Interesse der Zukunft unseres Vaterlandes, und das kommt mir aus dem Innersten meines Herzens heraus, es ist kein agitatorisches Wort, sondern die Mahnung eines Mannes, der die Tage, die ihm noch beschieden sind, den vaterländischen Interessen gewidmet hat, seine eignen vernachlässigend — ich sage Ihnen, beschäftigen Sie sich mit diesen Dingen ernst und dauernd; es ist unsre Pflicht, unsre heilige Pflicht gegen das Kaiserthum und gegen unser Deutsches Vaterland, daß wir dieser agrarischen Bewegung, wie sie sich jetzt immer dreister und dreister geltend macht, einen festen Bürgerdamm entgegenzusetzen, damit diesem Treiben ein Ende gemacht und ihm ein Halt geboten werde. Wollen Sie dabei sein, m. H., das ist die Frage, die wir bei den nächsten Wahlen an Sie stellen werden, und ich will hoffen, Sie werden antworten: Ja. (Lebhafter Beifall.)

Der Vorsitzende sprach hierauf dem Redner seinen besten Dank für den fesselnden Vortrag aus, der auch auf Gegner der freisinnigen Sache seinen Eindruck nicht verfehlt habe, und forderte die Anwesenden auf, sich zu Ehren des Hrn. Rickert zu erheben. (Geschieht.)

Hierauf verliest der Vorsitzende folgende Resolution:

Die heutige Versammlung von Wählern des II. anhaltischen Reichstags-Wahlkreises erklärt die dem Reichstage gemachte Vorlage betr. die Besteuerung des Branntweins, namentlich wegen der dadurch einer einzelnen Klasse auf Kosten der Gesammtheit zugewendeten Vortheile, für unannehmbar.

Die Versammlung erklärt sich ferner gegen jede Erhöhung der Getreidezölle, dagegen empfiehlt sie auf das lebhafteste die Einführung einer Reichseinkommensteuer, wie sie von der freisinnigen Partei in Vorschlag gebracht worden ist.

Die Versammlung erklärt sich mit dem Vorgehen der freisinnigen Partei im Reichstage in den erwähnten 3 Fragen überall einverstanden.

Da sich niemand zum Worte meldete, schritt der Vorsitzende zur Abstimmung; die Resolution wurde mit allen gegen 3 Stimmen angenommen. — Hierauf schloß der Vorsitzende kurz nach 6 Uhr die Versammlung mit einem Hoch auf Se. Hoheit den Herzog von Anhalt und Se. Majestät den Deutschen Kaiser.

Handels-, Verkehrs- und Börsen-Nachrichten.

* Wien, 13. Mai. Der Betriebs-Bericht der Donau-Dampfschifffahrts-Gesellschaft bemerkt, daß der Zollkrieg dieses Unternehmen am schärfsten betroffen habe; der Entgang an Einnahmen durch den Ausfall der rumänischen Getreidetransporte stellt sich allein auf 1½ Mill. fl. Die Einnahmen betragen 10,537,534 fl., die Betriebs-Ausgaben 9,801,066 fl., und der Ueberschuß, welcher bekanntlich gänzlich auf neue Rechnung vorgetragen wird, 542,980 fl. Die Ersparnisse beziffern sich auf 340,000 fl. Der Bericht beklagt lebhaft die Tarifkonkurrenz der Staatsbahnen sowie den Umstand, daß der Staat nichts für die Verbesserung der Wasserstraßen aufwende. Was den Erfolg des laufenden Geschäftsjahres anlange, so hänge derselbe mehr als je von dem Ausfall der ungarischen Ernte ab.

* London, 13. Mai. Es verlautet, daß die Nothern-Pacific-Bahn 2 Dollars Dividende vertheilen werde.

— Eisenbahn-Einnahmen. * Wien, 13. Mai. (Telegr.) Ausweis der Karl-Ludwigsbahn (gesammtes Netz) vom 1. bis 10. Mai 190,103 Fl., Mehreinnahme 17,945 Fl.; die Einnahmen des alten Netzes betrugen in derselben Zeit 147,275 Fl., Mehreinnahme 10,955 Fl. — * Warschau, 13. Mai. (Telegr.) Die Einnahmen der Warschau-Wiener Eisenbahn betrugen im April 1887 12,000 Rbl. mehr als in demselben Monat 1886. — Die Einnahmen der Warschau-Bromberger Bahn betrugen im April 1887 5700 Rbl. weniger als in denselben Monat 1886.

Zahlungs-Einstellungen.

Namen	Wohnort	Amtsgericht	Eröffn.-Termin	Anm.-Frist	1. Gl.-Vers.	Prüf.-Termin
A. Reuthner & Co.	Schöneberg	Berlin	11.5.	11.6.	2.6.	14.7.
J. A. Gröschel, Handelsm.	Breitingen	Bornau	10.5.	4.6.	14.6.	14.6.
Julie Weinberg, Inh. d. Central-Bazars.	Metz	Metz	6.5.	1.6.	6.6.	20.6.
M. Trautmann, Hutmacher	Pößneck	Pößneck	10.5.	11.6.	27.6.	27.6.
A. Heinecke, Lithograph	Saalfeld	Saalfeld	10.5.	7.6.	—	14.6.
K. Wiedemann sen., Kfm.	Stuttgart	Stuttgart	6.5.	4.6.	13.6.	13.6.

Waaren- und Produktenberichte.

Zucker.

* Paris, 14. Mai. (Telegr.) Rohzucker 88° ruhig, loco —.— à 28.50. Weißer Zucker behauptet, Nr. 3 per 100 kg. pr. Mai 32.60, per Juni 32.80, pr. Juli-Aug. 33.10, per Okt.-Jan. 32.80.

* London, 14. Mai. (Telegr.) 96% Javazucker 13⅜ ruhig, Rübenrohzucker 12 fest. Centrifugal Cuba —.

Halle. Druck und Verlag von Otto Hendel.

Magdeburger Börse.

	13. Mai.		14. Mai.	
Granulated	—.—	M	—.—	M.
Krystallzucker I.	—	"	—	"
Krystallzucker II.	—.—	"	—.—	"
Kornzucker 96%	21.50—21.70	"	21.50—21.70	"
Kornz.Rend. 88%	20.20—20.60	"	20.20—20.50	"
do. Rend. 75°	16.00—17.50	"	16.00—17.50	"

Tendenz am 14. Mai: Abwartend.

	13. Mai.		14. Mai.	
Fein Brodraffinade	27.—	M.	27.00	M.
fein Brodraffinade	—26.50	"	—26.50	"
Gem. Raffinade	26.00—26.50	"	26.00—26.50	"
Gem. Melis I.	25.50—25.75	"	25.50—25.75	"

Tendenz am 14. Mai: Ruhig.

Magdeburger Börse vom 14. Mai.

Rohzucker I. Produkt:

Transito f. a. B. Hamburg.

Mai 11.92½—95 bez., u. G., 12.00 Br.
Juni 11.97½—12 bez., u. G., 12.02½ Br.
Juni-Juli —.— bez., 12. G., 12.05 Br.
Juli 12.02½—05——07½—10 bez., —. G., —. Br.
Juli-August —.— bez., —.— Br., —.— G.
August 12.10—15 bez., —.— Br., —.— G.
Okt.-Nov. —.— Gd.
Okt.-Dez. 11.65 bez., —.— G., —.— Br.

Tendenz: Fest, ruhig.

Die Aeltesten der Kaufmannschaft.

* Braunschweig, 13. Mai. (Bericht von Eberhd. Mencke.) Rohzucker Die in dieser Woche aus dem Markte genommenen zusammen ca. 55,000 Ctr. Rohzucker gingen zumeist wieder an inländische Raffinerien, die für ihren laufender Bedarf weiter kauften und in mehreren Fällen fur bessere Qualitäten kleine Bruchtheile über letzte Notiz bezahlten. Im allgemeinen machte sich jedoch ein recht ruhige Stimmung geltend, da der Export noch immer wenig Interesse fü Fabrikwaare bekundete und allenfalls nur Nachprodukte, diese zu etwas schwächeren Preisen, aufnahm; außerdem machte sich auch in den letzten Tagen das Angebot wieder etwas stärker als Anfang der Woche geltend. — In raffinirtem Zucker bewahrte der Markt ein recht stilles Gepräge, bei mäßigem Bedarfsgeschäft behaupteten sich jedoch die Notirungen auf vorwöchiger Höhe. — Es notiren heute:

Raffinirter Zucker.			Rohzucker. (Polarisationen nach Dr. Frühling u. Dr. Schulz hier.)		
Raffinade	M. 27,25	—,— excl. F.			
Melis I.	" 27,00	—,— " "	Krystall-Zucker I.	M. —,—	—,— incl
" II.	" —,—	—,— " "	" II.	" —,—	—,— "
gem. Raffinade	" 29,00—27,50	incl. S.	Kornzucker 96%	" 21,70—21,50	excl
" Melis	" 25,75—25,50	" "	" 88° R.	" 20,60—20,20	"
Würfelraffin. I.	" 29,50—28,00	" K.	Nachpr. 93—89%	" —,—	—,— "
" II.	" —,—	—,— " "	" 75° R.	" 17,60—16,00	"

Rübenmelasse, 43° Bé (81,5 Brix) effektiv und spätere Lieferung, excl. Tonne: zur Entzuckerung —,— M. und für Brennereien —,— M. Die Preise verstehen sich per 50 kg.

* Antwerpen, 13. Mai. Rübenzucker. Sofort 28.25 Frcs., Juni-Juli 29.00 bis — Frcs., Juli-August 29—29.25 Frcs., Oktober-Dezember 27.00 Francs.

* New-York, 14. Mai. (Telegr.) Zucker (Fair refining Muscovados) 4⁷⁄₁₆.

Kaffee.

* Hamburg, 14. Mai. Kaffee sehr fest, Umsatz 11,000 Sack.

* Havre, 15. Mai. Vorm. 8 Uhr 30 M. (Telegramm von Peimann, Ziegler & Comp.) Kaffee. New-York schließt mit 25 Points Baisse. Rio 9000 B., Santos 8000 B. Recettes für gestern.

* Havre, 14. Mai. Vorm. 8 Uhr 30 M. (Telegramm von Peimann, Ziegler & Comp.) Kaffee. New-York schließt mit 45—80 Points Hausse. Rio 7000 B., Santos 5000 B. Recettes für gestern.

* Havre, 14. Mai. Vorm. 10 Uhr 30 M. (Telegramm von Peimann, Ziegler & Comp.) Kaffee Good average Santos per Juni 100.00, per Juli 97.25, per Aug. 108,50, per Sept. 101,25, per Okt. 97.50, per Nov. 97.75, per Dez. —.—, per Jan. 109.75. Verkäuferpreise.

* New-York, 14. Mai. (Telegr.) Kaffee (Fair Rio-) 19⅛.

Petroleum.

* Berlin, 14. Mai. (Amtl.) Petroleum (Raffinirtes Standard white) per 100 kg mit Faß in Posten von 100 Ctr. — Termine geschäftsl. Gekündigt —.— Ctr. Kündigungspreis —.— M. Durchschnittspreis —.— M. Loco —.—, per diesen Monat —.—, per April-Mai —.—, per Mai-Juni —.—, per Juni-Juli —.—, per Juli-Aug. —.—, per Aug.-Sept. —.—, per Sept.-Okt. —.—.

* Stettin, 14. Mai. Loco 10,35.

* Hamburg, 14. Mai. Petroleum loco matt, Stand. white loco 6,00 Br., 5,90 Gd. pr. Aug.-Dez. 6,25 Gd.

* Bremen, 14. Mai. [Schlußbericht.] Standard white loco 5,95 Br. Flau.

* Antwerpen, 14. Mai. (Telegr.) [Schlußbericht.] Raffinirtes, Type weiß, loco 15 bez., 15 Br., pr. Juni 15 bez., 14⅞ Br., pr. Aug. 15 bez. 15¼ Br., pr. Sept.-Dez. 16 bez., 15⅞ Br. Weichend.

* New-York, 14. Mai. (Telegr.) Raffinirtes Petroleum 70% Abel Test in New-York 6⅝ Gd., do. in Philadelphia 6⅝ Gd. Rohes Petroleum in New-York — D. 6 C., do. Pipe line Certificats — D. 63¾ C.

Spiritus.

* Berlin, 14. Mai. (Amtlich). Spiritus per 100 l à 100% = 10,000 l%. Termine höher. Gekündigt 10,000 l. Kündigungspr. 41.3 M. Durchschnittspreis —.— M. Loco mit Faß — bez., ohne Faß 39.6 bez, per diesen Mon. 41.2 bis 41.4 bis 41.5 bis —.—, per Mai-Juni 41.2—41.4—41.4 bez., per Juni-Juli 41.4—41.6—41,3 bez., per Juli-Aug. 42.0—42.3 bis 41.8 bez., per Aug.-Sept. 42.8—43.0—42.3 bez., per Sept.-Okt. 43.5—43.8—43.4 bez., per Okt.-Nov. —. bis .— bis .— bez. — Spiritus per 100 l à 100% = 10,000% loco ohne Faß 41.1 —.— bez.

* Magdeburg, 14. Mai. Kartoffelspiritus für 10,000 l-% loco ohne Faß 41.80—42.10 M. Die Aeltesten der Kaufmannschaft.

* Magdeburg, 14. Mai. (Hermann Walther.) (Wochenbericht). Der Spiritus-Markt hat in der letzten Woche einn ruhigere, aber fast durchweg feste Tendenz gezeigt, so daß Preise mit geringen Abweichungen beinahe den vorwöchentlichen höchsten Stand wieder erreicht haben. Es spricht für die Gesundung des Geschäftes im allgemeinen, daß die Festigkeit des Marktes hauptsächlich durch den Bedarf an greifbarer Waare hervorgerufen wird; die Spritfabrikanten sind nach wie vor recht reichlich beschäftigt und Waare ist glücklicherweise nicht mehr in so erdrückendem Maße, wie in den Vorjahren, vorhanden, wenn auch an einen etwa eintretenden Mangel wohl kaum zu denken sein dürfte. Der Umsatz am hiesigen Platze war nicht unbedeutend, obwohl derselbe nicht annähernd die vorwöchentliche Ausdehnung erreichte. Kartoffelspiritus, daseiend ohne Faß, wurde amtlich von 41.10—42.40—42.10 M. notirt; vom Speicher unter freier Vorhaltung der Gebunde wurde 0.60—0.80 M. mehr angelegt. Spätere Sichten waren mit 1.60—1.70 M. über berliner Terminpreisen zu haben.

* Leipzig, 14. Mai. Spiritus per 10,000 l% ohne Faß loco 41.40 bez. Wenig verändert.

* Posen, 14. Mai. Spiritus loco ohne Faß 40.00, per Mai 40.00, per Juni 40.00, per Juli 41.00, per Aug. 41.70, per Sept. 41.90. Gekünd. — —l. Fest.

* Stettin, 14. Mai. Spiritus unveränd, loco 40.50, per Mai 40.20, per Juni-Juli 40.70, per Aug.-Sept. 42.00.

* Breslau, 14. Mai. Spiritus per 100 l 100% per Mai-Juni 40.00, per Juli-Aug. 41,00, per Aug.-Sept. 41.90.

* Hamburg, 14. Mai. Spiritus unveränd, per Mai 24¾ Br., per Juli-Aug. 26 Br., per Sept.-Okt. 27¼ Br., per Nov.-Dez. 27¼ Br.

* Paris, 14. Mai, nachm. (Telegr.) Spiritus behauptet, per Mai 42.50, per Juni 42.25, per Juli-Aug. 42.25, per Sept.-Dez. 40.50.

* Paris, 14. Mai, abends. (Telegr.) Spiritus ruhig, per Mai 42.50, per Juni 42.25, per Juli-Aug. 42.25, per Sept.-Dez. 40.50.

Oelsaaten. Oele. Fettwaaren.

* Berlin, 14. Mai. (Amtl.) Oelsaaten per 100 kg. Gek. —.—. Winterraps —.—, Sommerraps —.— M., Winterrübsen —.— M., Sommerrübsen —.— M. Rüböl per 100 kg mit Faß. Termine still. Gek. 700 Ctr. Kündigungspreis 44.6. Durchschnittspreis —.—. Loco mit Faß —.—. Loco ohne Faß 42.8, per diesen Monat 44,7 bis 45.0, per April-Mai —.— bis —.0 bez., per Mai-Juni 44.6 bis 44.2 bez., per Juni-Juli —.— bis 43.8 bez per Juli-Aug. —.—, per Aug.-Sept. —,—, per Sept.-Okt. 44.8 bis 44.9 bez. Leinöl per 100 kg — loco — M., Lieferung —.

* Leipzig, 14. Mai. Rapskuchen per 100 kg netto loco — 11,00 M. bez. Rüböl per 100 kg netto loco 44,00 bez. Höher.

* Stettin, 14. Mai. Rüböl unveränd, pr. April-Mai 44,50, per Sept.-Okt. 45.00.

* Köln, 14. Mai. (Telegr.) Rüböl loco 23,90, per Mai 23,70, pr. Okt. 23.80.

* Breslau, 14. Mai. Rüböl per April-Mai 44.50 M., per Mai-Juni —.— M.

* Hamburg, 14. Mai. Rüböl still, loco 41.

* Paris, 14. Mai. nachm. (Telegr.) Rüböl schwach, per Mai 50,00, per Juni 50,50, per Juli-Aug. 51,75, per Sept.-Dez. 52,50.

* Paris, 14. Mai., abends. (Telegr.) Rüböl weichend, per Mai 49,75, per Juni 50,00, per Juli-Aug. 51,75, per Sept.-Dez. 52,00.

* Pest, 14. Mai. (Telegr.) Kohlraps per Aug.-Sept. 11⅛ à 11¼.

* New-York, 14. Mai. (Telegr.) Schmalz (Wilcox) 7,25, do. Fairbanks 7,20, do. Rohe & Brothers 7,25.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-18870517022/fragment/page=0004